

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Putzer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Postgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund  
Berlin SW 48, Friedrichstraße 5/6. Fernsprecher:  
A 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postcheckkonto: Berlin 65232.

Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif.  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten,  
Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale.

### Der daniederliegende Baumarkt die Quelle der großen Konjunkturkrise!

Wer den Maibericht des DGB über den Stand der Arbeitslosigkeit in den ihm angeschlossenen Verbänden genau betrachtet, der muß zu dem Schluß kommen, daß die Hauptquelle der großen Konjunkturkrise dem Daniederliegen des Baumarktes entspringt. Wer dies erkennen will, muß Vergleiche anstellen. Der Bericht bestätigt das unerfreuliche Bild, das schon verschiedentlich über den Umfang der Arbeitslosigkeit gegeben worden ist. Seit Beendigung des Weltkrieges ist zu dieser Jahreszeit noch niemals ein solch hoher Stand der Arbeitslosigkeit erreicht worden. Es waren von 100 Gewerkschaftsmitgliedern arbeitslos:

Monatsende	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930
Januar	4,2	26,5	8,1	22,6	16,9	11,4	19,4	22,2
Februar	5,2	25,1	7,3	22,1	15,9	10,5	22,3	23,7
März	5,6	16,6	5,8	21,6	11,8	9,3	16,8	21,9
April	7,0	10,4	4,3	18,7	9,0	6,9	11,1	20,5

Demnach war nur im Frühjahr des Jahres 1926 eine ähnliche Arbeitslosigkeit wie 1930 zu beobachten. Das war zu jener Zeit, als die Rationalisierung der Betriebe in Angriff genommen wurde. Man redete damals der Arbeitererschaft ein, sie müsse ein einmaliges Opfer bringen, um den Weg zum Aufstieg der Wirtschaft zu ebnen; der Stillstand sei nur vorübergehend. Nach vollzogener Rationalisierung werde es sehr leicht möglich sein, die abgestoßenen Arbeitskräfte wieder in die Betriebe zu bringen. Das war damals! Heute stimmen die Unternehmer ein anderes „Trostlied“ an. Heute jammern sie über die angeblich zu hohen Löhne und die „übersehene“ Sozialversicherung, die den wirtschaftlichen Aufstieg unmöglich machen. Heute suchen sie den Arbeitern einzureden, es sei zu ihrem Besten, wenn sie bei verkürzten Löhnen täglich möglichst lange arbeiten und außerdem mithelfen würden, die Sozialversicherungsleistungen herabzusetzen. Mit dieser unsinnigen Auffassung haben wir uns bereits im Leitartikel des vorigen „Grundstein“ auseinandergesetzt. Traurig genug, daß es Zeitungen gibt, die Arbeiterinteressen zu vertreten vorgeben, heute aber der genannten kapitalistischen Auffassung beipringen. So lasen wir am 24. April in der Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, „Der Deutsche“, unter dem Titel: Wirtschaftskrise und gewerkschaftliche Verantwortung: „Was ist eher zu verantworten, eine gewisse Verdienstminderung nicht anzuerkennen und dabei vielleicht Tausende von Arbeitern mit ihren Familien dauernd arbeitslos zu machen, oder eine Verdienstkürzung, die den Tariflohn nicht berührt, in Kauf zu nehmen und damit auch weiteren tausenden Menschen Lohn und Brot zu geben“. Dieses „Arbeiterblatt“ schwimmt also mit vollen Segeln im Fahrwasser der heute herrschenden, wirtschaftlich völlig unbegründeten und falschen Unternehmauffassung. Auch der frühere Reichsminister, der „Demokrat“ Gothein, tritt in den „Mitteilungen der Gesellschaft für deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik“ dafür ein, daß die Löhne ermäßigt und die Arbeitszeit erhöht werden soll. Wir wollen gegen diesen wirtschaftlichen Unsinn heute nicht bereits wieder Stellung nehmen, sondern lediglich feststellen, daß die durch das deutsche Unternehmertum verursachte Wirtschaftskrankheit, der man heute mit einer solchen Eisenbarriere beikommen möchte, bereits insofern ansteckend wirkt, daß sich Stellen und Personen, die früher auch für die Arbeiterschaft etwas übrig hatten, zu den von den „Wirtschaftsführern“ propagierten Hilfsmitteln zur Beseitigung oder zur Abmilderung der Krise bekennen. Wir können an Hand der von uns hier noch näher zu besprechenden Statistik nachweisen, daß das Uebel ganz wo anders liegt!

Die Hauptursache der katastrophalen Lage auf dem Arbeitsmarkt ist das Brachliegen der Beschäftigungsmöglichkeiten im Baugewerbe. Gewöhnlich liegen in Deutschland, faulem Herkommen entsprechend, die Bauarbeiten im Dezember, Januar und Februar still. Gewohnheitsmäßig beginnt sich dann die Bautätigkeit im März wieder zu beleben. Ausgangs April sind die Bauberufe gut beschäftigt, von Mai ab arbeitet man bis spät in den Herbst hinein mit Hochdruck. In diesem Jahre sind die üblichen Bauaufträge ausgeblieben. Ende April herrschte in den Bauberufen eine Arbeitslosigkeit — und sie dauert noch heute fast unverändert fort —, wie sie früher nur in den kältesten Wintermonaten zu beobachten war. In den baugewerblichen Arbeiterorganisationen waren von 100 Verbandsmitgliedern arbeitslos:

Verbände	Ende Dezember 1929	Ende Januar 1930	Ende Februar 1930	Ende März 1930	Ende April 1930
Baugewerksbund	53,0	57,3	62,4	51,9	45,1
Zimmerer	52,5	62,5	66,2	60,0	51,4
Dachbedeker	59,0	63,0	74,7	67,2	53,7
Steinarbeiter	58,3	58,4	59,0	48,4	41,4

Wir sehen an diesen Zahlen das starke Uebermaß der Katastrophe in der Bauwirtschaft. Greifen wir auf die letzten sieben Jahre zurück. Sehen wir zu, in welchem Maße der Arbeitslosigkeit in diesen vier Verbänden in den letzten sieben Jahren zu Ende April war. Diese Zahl betrug:

im Jahre	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930
Arbeitslosigkeit	13,4 %	5,0 %	24,9 %	11,9 %	12,0 %	19,2 %	42,9 %

Wie sah es nun Ende April 1930 aus? In der sogenannten Konjunkturgruppe, womit Berufe gemeint sind, die den winterlichen Witterungseinflüssen nicht unterliegen, haben sich im April die Verhältnisse wenig geändert. Im Durchschnitt betrug für alle Berufe dieser Gruppe die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit:

	Arbeitslosigkeit %	Kurzarbeit %
Ende November 1929	10,2	8,6
„ Dezember 1929	12,8	9,4
„ Januar 1930	14,2	12,6
„ Februar 1930	15,0	15,1
„ März 1930	15,1	14,7
„ April 1930	15,2	14,3

Demnach haben sich seit Ende Februar die Arbeitsmöglichkeiten auf diesem Gebiete wenig verändert. Es sieht allerdings so aus, als ob hier der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit erreicht sei und sich ein allmählicher Rückgang der Arbeitslosenzahlen bemerkbar macht. Mit Sicherheit läßt sich dies allerdings nicht behaupten; die geringe Besserung der Beschäftigung in einzelnen Berufen ist zum Teil auf Saisoneinflüsse

zurückzuführen; in anderen Berufen hat sich dagegen die Arbeitslosigkeit noch weiter verschärft. So steigt die Arbeitslosigkeit in der Schwerindustrie, der Textil- und der Glasindustrie. In diesen Industrien waren arbeitslos oder standen in Kurzarbeit von je 100 Verbandsmitgliedern:

	Arbeitslosigkeit im			Kurzarbeit im		
	Februar	März	April	Februar	März	April
Bergarbeiter	4,3	4,7	6,3	31,0	25,2	21,4
Metallarbeiter	15,7	16,6	17,0	19,4	19,6	19,3
Textilarbeiter	12,8	13,8	14,8	26,8	30,3	31,1
Glasindustrie	18,0	19,0	20,2	11,2	10,1	9,4

Dagegen ging die Arbeitslosigkeit etwas zurück in der Porzellanindustrie, in der Chemischen Industrie, im Bekleidungs-gewerbe, in der Lederindustrie, in der Zucker- und Konservenindustrie, im Nahrungsmittel- und Getränke-gewerbe, in der Tabakindustrie und im Organisationsbereich des sogenannten Gesamtverbandes. Im Holzgewerbe und im Viehwirtschaftsgewerbe hat sich die Lage nicht geändert. Vergleicht man nun die Arbeitslosenzahlen in der Saison- und in der Konjunkturgruppe miteinander, so betrug Ende April die Spanne zwischen den beiden Zahlen mehr als 27 %. In früheren Jahren war die Spanne zu dieser Jahreszeit weitaus geringer. Nur einmal, im Jahre 1926, hatte sie 10 % erreicht. Und damals hatte daran zum Teil der ungewöhnlich späte Winter schuld. In diesem Jahre lagen die Witterungsverhältnisse so günstig, daß bereits im Februar die Bauarbeiten in vollem Umfang hätten aufgenommen werden können. Die Spanne ist also ungewöhnlich groß. Wir beobachten außerdem, daß vor allem jene Berufe, die zum Teil vom Baumarkt abhängig sind, ebenfalls einen starken Prozentsatz von Arbeitslosen aufzuweisen haben. Erinnert sei hier nur an das Metallgewerbe, die Glasindustrie, das Holzgewerbe, die Zement- und Ziegelindustrie. Ueberall starke Stagnation! Die Zerrüttung der Bauwirtschaft ist schon längst nicht mehr saisonmäßig, sie ist konjunkturell. Und diese Zerrüttung ist eine der Hauptursachen der Deutschland un-gewöhnlich belastenden großen Arbeitskrise!

Diese schwere Krise wird nicht eher nachlassen, bis der Baumarkt wieder genügend beschäftigt ist. Deshalb müssen wir immer wieder mit allem Nachdruck fordern, daß alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um den Baumarkt flott zu machen. Geschieht dies, dann werden auch viele andere Gewerbetreibende daran profitieren. Man sollte endlich in den maßgebenden Kreisen ganz energisch über dieses Problem nachdenken und die folgerichtigen Taten folgen lassen, die sich dann in jeder Weise auf die Gesamtheit des deutschen Volkes wohltätig auswirken und nicht zuletzt auch die Reichsfinanzen günstig beeinflussen würden. Es bleibt dabei: Die derzeitige Konjunkturkrise kann nur erfolgreich abgeschwächt werden, wenn der Baumarkt belebter gestaltet wird. Alles andere ist von unternehmerlicher Profitgier diktiertem Geschwafel!

### Statt Kampf gegen die Arbeitslosigkeit — Kampf gegen die Arbeitslosen.

Das vom Reichstag verlangte Entschließen war in vier Dauerleistungen der Reichsanstalt Gegenstand heftigster Kämpfe im Vorstand, dem 15 Vertreter angehören, und zwar je 5 Vertreter der Unternehmer, der Arbeiter und der öffentlichen Körperschaften. Von den Arbeitervertretern gehören 3 den freien Gewerkschaften, 1 den christlichen und 1 den Hirsch-Dunkerischen an. Die Reichsanstalt konnte in der letzten Zeit ihre Aufgaben nur erfüllen unter Vereinnahmung größerer Zuschüsse und Darlehen vom Reich. Bei einer jährlichen Durchschnittszahl von 1,5 Millionen Hauptunterstützungsempfängern bedarf die Reichsanstalt zur Durchführung ihrer Aufgaben jährlich 1 550 000 000 M. Der bisherige Beitragsfuß von 3 1/2 % würde eine Jahreserinnahme

von 1 015 000 000 M. ergeben. Zur Deckung des Restbetrags von 535 000 000 M. sollten nun Mittel und Wege gefunden werden. — Die Unternehmer verlangten unter anderem strengeren Legitimierungszwang der Unterstützungsempfänger durch Ausweis mit Lichtbild, um die Abhebung doppelter Unterstützung zu vermeiden, Entzug der Unterstützung für die Arbeitslosen nach freiwilliger Aufgabe des Arbeitsverhältnisses für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit, statt der bisherigen Sperrfrist von 4 Wochen, Einstellung der Unterstützung nach der Zahl der vorausgegangenen Beschäftigungswochen. Sie verlangten außerdem Entzug der Arbeitslosenunterstützung für alle Arbeitslosen unter 20 Jahre bei Fortzahlung der Beiträge während der Be-

schäftigung, endlich eine Wartezeit von 14 Tagen für alle Ledigen. Für die Saisonarbeiter verlangten die Unternehmer die Festsetzung der Wartezeit auf 4 Wochen, dazu noch die Beschränkung der Unterstützungsdauer auf 3 Monate im Jahr. Neben den Unternehmeranträgen machten auch einige Vertreter der öffentlichen Körperschaften aus ihrem sozialreaktionären Herzen keine Mördergrube. Ein besonderer „Freund“ der Saisonarbeiter scheint der Vertreter Bayerns zu sein. Er verlangte über den Antrag des Preußenvertreters hinaus, daß die Arbeiter der Berufe mit beruflich wiederkehrender Arbeitslosigkeit zu ihren bisherigen Beiträgen Zuschußbeiträge in der Höhe zahlen, daß ¼ der Ausgaben für die beruflich Arbeitslosen gedeckt werden. Der Bayernvertreter war auch dann nicht zur Zurücknahme seines Antrages zu bewegen, als ihm vorgerechnet wurde, daß dann die Saisonarbeiter statt wie bisher 1½ künftige 5 bis 6 % Beiträge zahlen müßten. Die Vertreter von Preußen und Bayern unterschieden sich in keiner Weise von Sozialreaktionären.

Auch die Anträge der Hirsch-Duncker'schen (H.-D.) und der christlichen Arbeitervertreter ließen teilweise erkennen, daß bei ihnen die Hege der Sozialreaktion nicht ohne Wirkung geblieben ist. Der Antrag des H.-D.-Vertreters, auf Einführung von Gefahrenklassen bei Staffelfung der Beiträge nach Berufsgruppen mit dem offensichtlichen Zweck, die Arbeitslosenversicherung in Sonderklassen zu zerstückeln, war zum mindesten darauf angelegt, einen Teil der Arbeiterkraft gegen den anderen Teil auszuspielen. Dieselbe Tendenz hatte der Antrag des christlichen Arbeitervertreters, die Dauer des Unterstüßungsbezugs im Verhältnis zur Anwartschaftszeit zu staffeln.

Die Vertreter der freien Gewerkschaften brachten in nicht mißzuverstehender Weise zum Ausdruck, daß von einer Reform entsprechend den vorliegenden Anträgen keine Rede sein könne. Unsere Vertreter verlangten die Verbesserung des Gesetzes durch nachstehenden Antrag: „Die Beiträge sind sofort auf 4 % des Lohnes zu erhöhen. Die Bestimmungen über die Berechnung des Beitrages sind dahingehend zu ergänzen, daß in allen Fällen der tatsächlich gezahlte Lohn zur Grundlage der Beitragsberechnung genommen wird. Es muß verhindert werden, daß, wie es zurzeit gehandhabt wird, oft auf Monate hinaus zunächst ein geringer Einstellungslohn die Grundlage für die Beitragsberechnung bildet, obwohl der tatsächlich gezahlte Lohn erheblich höher liegt. — Das Reich ist grundsätzlich an der Finanzierung der Arbeitslosenversicherung zu beteiligen. Als Wege hierfür sind in Erwägung zu ziehen: 1. die Driftelung des Beitrages dergestalt, daß das Reich laufend an den Beiträgen für die Versicherten beteiligt wird. Bei einer Bemessung des gemeinsamen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeitrages auf 3½ bis 4 % hätte das Reich einen Beitragszuschuß von 1½ % des Lohnes der zu Versicherenden laufend zu leisten; oder 2. unter Verzicht auf die Beteiligung am Beitrag hat das Reich einen bestimmten Pauschbetrag für jeden einzelnen Unterstüßungsfall zu zahlen. Werden diese Einnahmen vorübergehend die Ausgaben der Reichsanstalt nicht, so hat das Reich gemäß § 163 die Pflicht zur Darlehensgewährung. Um der angesichts der derzeitigen Arbeitsmarktsituation schwierigen Finanzsituation zu begegnen, ist für das Jahr 1930 die Einziehung eines allgemeinen Notopfers notwendig. Dieses Notopfer ist als Zuschlag zur Lohn- oder Einkommensteuer aller der Zehntel einzuziehen, deren Einkommen 4000 M jährlich übersteigt. Dies muß eine Sondereinnahme von etwa 300 Millionen erbringen.“ Dieser Antrag wurde abgelehnt.

In einem weiteren Antrag verlangten die Vertreter der freien Gewerkschaften die Einführung des Meldezwangs und Befreiung aller Arbeitsstellen nur durch die Arbeitsämter. Gegen die Stimmen der Unternehmervertreter, der Vertreter der öffentlichen Körperschaften und gegen die zwei christlichen und H.-D.-Vertreter blieben die Vertreter der freien Gewerkschaften in der Minderheit. Mit derselben Mehrheit wurde ein von unseren Vertretern gestellter Antrag abgelehnt, in dem verlangt wurde, den § 89 a zu streichen, weil durch ihn für die Arbeitslosen mit kleinem Besitz die Bedürftigkeitsprüfung wieder eingeführt ist. — Auch der Hinweis unserer Vertreter, daß in den letzten fünf Monaten 74 000 Beschwerdefälle über die Anwendung

des § 89 a UWG in den Spruchinstanzen behandelt wurden, konnte die Mehrheit des Vorstandes nicht davon überzeugen, daß diese Ungerechtigkeit beseitigt werden müsse. Auch unser Antrag, den § 139 Abs. 4 so abzufassen, daß die Notstandsarbeiter nur entsprechend den Bestimmungen der Tarifverträge beschäftigt werden, wurde gegen die Stimmen der freigewerkschaftlichen Vertreter abgelehnt.

Um die Ungeheuerlichkeit des Beschlusses, daß Arbeitslose mit weniger als 52 Wochen vorausgegangener Beschäftigungszeit voll zu erfassen, muß man sich vergegenwärtigen, daß ein sehr großer Teil der deutschen Arbeiter überhaupt nicht mehr in Dauerstellungen kommt. Immer mehr wird das einzelne Arbeitsverhältnis kurzfristig. Selbst in der Landwirtschaft zeigen sich immer mehr Arbeitsunterbrechungen. Die Folge wird also sein, daß alle diese Versicherten, die nicht das Glück haben, eine länger dauernde Beschäftigung zu finden, künftig unter die einschränkenden Bestimmungen fallen und das wird mit der Zeit der größte Teil der deutschen Arbeiter sein. Vergeblich war jedes Bemühen, nachzuweisen, daß diese Verschlechterung in höchstem Grade unsozial ist, weil sie gerade den Arbeitslosen, der durch die Ungunst des Arbeitsmarktes nur kurzfristig beschäftigt wird, der immer wieder Perioden der Arbeitslosigkeit durchmachen muß, also den Unglücklichsten trifft. Den Einwand, daß man den, der mehr Beiträge leistet, der weniger oft Unterstüßung in Anspruch nimmt, bevorzugen müsse, haben wir stets mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Die christlichen Gewerkschaften haben sich leider unter dem Vorwand, daß man die Grundlagen einer „Versicherung“ beachten müsse, schon bei den früheren Verhandlungen zu diesen unsozialen Grundfätzen bekannt. So auch jetzt. Den Massen wird aber nicht gesagt, daß die besondere Saisonarbeiterunterstüßung sich bisher nur auf einen Teil des Jahres, nämlich auf 3 bis 4 Monate erstreckt und daß auch die Saisonarbeiter in den übrigen Monaten des Jahres Anspruch auf die volle Unterstüßung haben. Sie werden jetzt während des ganzen Jahres nur die Krisenjahre beziehen können, und um eine „Gerechtigkeit!“ herzustellen, erstreckt man diese Regelung auch auf alle anderen Arbeiter. Es ist also nichts wie Schaum-schlagerei, wenn die christlichen Gewerkschaften behaupten, diese Regelung löse das Saisonarbeiterproblem und stelle eine höhere Gerechtigkeit dar. In Wirklichkeit ist sie viel unsozialer als die bisherige Saisonarbeiterregelung.

Zu dem schon in der vorigen Nummer des „Grundstein“ Mitgeteilten ist noch nachzutragen, daß nach dem Vorschlag der Reichsanstalt, wenn zwei Ehegatten zugleich Unterstüßung beziehen, die eine dieser Unterstüßungen um die Hälfte gekürzt werden soll, und zwar die niedrigste. Dies soll nicht gelten, wenn die Ehegatten Kinder unter 14 Jahren oder arbeitslose Kinder unter 17 Jahren zu versorgen haben. Dieser Antrag wurde ebenfalls unter Mitwirkung der Vertreter der christlichen und Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften mit 12 gegen 4 Stimmen angenommen. — Nachzutragen ist auch noch, daß vorgeschlagen wird, künftig soll der § 107 c sich nur auf die eigentlichen Wanderarbeiter erstrecken. „Pendelarbeiter“ sollen nicht mehr unter die einschränkenden Bestimmungen fallen. — Trotz dieser Ersparnismaßnahmen wäre noch ein Defizit von 74 Millionen zu decken.

Es ist verständlich, daß dem Zentrum und seinen gewerkschaftlichen Anhängern schon a priori das Gewissen schlägt. In der Nr. 114 der Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche“ stöhnt jemand im Leitartikel wie folgt: „Es wird gewiß nicht an Stimmen fehlen, die jetzt das Gesamtergebnis oder Einzelheiten damit zu entwerfen suchen werden, daß die „Christen Arm in Arm mit den Arbeitgebern die Sache gemacht haben.“ Bemerkenwert sind die Gründe, die die christlichen Gewerkschaftsvertreter veranlaßt haben, für den oben skizzierten Leistungsabbau zu stimmen. So haben sie der Kürzung der Unterstüßung in den Fällen, wo beide Eheleute arbeitslos sind, zugestimmt, „weil wir das Familienprinzip bejahen.“ Wenn eine Ehefrau mitarbeitete, dann wird sie es deshalb tun, weil der Verdienst des Mannes nicht ausreicht, um die Familie ansständig zu ernähren. Die Frau arbeitet also mit, um dem „Familienprinzip“ eine bessere wirtschaftliche

Unterlage zu geben. Es bleibt deshalb ein Geheimnis der christlichen Gewerkschaftsvertreter, inwiefern das Familienprinzip bejaht wird, wenn man die Einkünfte der arbeitslosen Ehegatten aus der Arbeitslosenversicherung herabsetzt. Ähnlich begründet die Verfasserin, Frau Clara Meinek, die Zustimmung der christlichen Gewerkschaftsvertreter zu anderen Abbaumaßnahmen. So wird unter anderem der Vorschlag, die Saisonarbeiter sollen während des ganzen Jahres nur die Krisenunterstüßung bekommen, damit mündgerecht zu machen versucht, daß damit ja die Sonderfürsorge für die Bauarbeiter falle.

Die Rechtfertigungsbemühungen der christlichen Gewerkschaftsvertreter werden munter fortgesetzt. Sie spüren wohl selbst, daß dies dringlich notwendig ist. In Nr. 115 „Der Deutsche“ geht man zu diesem Zweck sogar so weit, daß man sich auf die geschworenen Feinde der deutschen Gewerkschaftsbewegung als Kronzeugen dafür beruft, welche „elende Heuchler die SPD-Führer und UWG-Bürokraten sind.“ Dabei steht bei der zur Sprache stehenden Sache einwandfrei fest, daß im Reichstag und im Kabinett Zentrumsabgeordnete, und im Vorstand der Reichsanstalt Vertreter der christlichen und Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften die Bestrebungen der „UWG-Bürokraten“ die Leistungsfähigkeit der Reichsanstalt sicherzustellen nicht unterstützt haben! Bewußte Irreführung ist es, wenn „Der Deutsche“ das „Schuldkonto“ der Regierung Müller-Wissell aufzählt. Wenn unter dieser Regierung Verschlechterungen in der Arbeitslosenversicherung durchgeführt worden sind, so muß demgegenüber mit Nachdruck festgestellt werden, daß nicht der Wille der Sozialdemokratie, sondern der des Kabinetts, in dem die Sozialdemokraten in der Minderheit waren — ausschlaggebend dafür war. Im Kabinett standen die Dinge so, daß die Anträge der sozialdemokratischen Minister von den Ministern der Volkspartei, der Demokraten und des Zentrums niedergestimmt wurden. Insamste Demagogie ist es, heute so zu tun als wenn die Verschlechterung in der Arbeitslosenversicherung im vorigen Jahre das Werk der Sozialdemokraten war. Die Ursache, die zum Rücktritt der Sozialdemokratie aus der Regierung führte, zeigt allen deutlich, wo die Urheber der Verschlechterung sitzen! Die Verschlechterungsabsichten der bürgerlichen Parteien gingen schließlich so weit, daß selbst unter Berücksichtigung aller übrigen politischen Arbeiterinteressen, die durch ein Beteiligtein der Sozialdemokratie an der Regierung gewahrt werden konnten, nunmehr das Verbleiben der Sozialdemokratie im Kabinett der Fraktion nicht mehr erträglich erschien. So liegen die Dinge! Die freien Gewerkschaften können mit Ruhe dem Urteil der Arbeiterschaft entgegensehen. Im Gegensatz zum „Deutschen“ sind wir der Ueberzeugung, daß das Recht empfinden der Arbeiter den christlichen Gewerkschaften nicht recht geben wird.

Uebrigens rechtfertigt der jetzige Stand der Beratungen über die Neufinanzierung der Arbeitslosenversicherung die freien Gewerkschaften und auch die Sozialdemokratie voll. Nach bisher unwiderprochenen Zeitungsmeldungen besteht nun zwischen dem Reichsfinanzminister Professor Moldenhauer und dem Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald Uebereinstimmung darüber, daß der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um 1 % des jetzigen Standes, auf 4½ erhöht werden müsse. Diese Meldung rechtfertigt noch nachträglich die sozialdemokratischen Minister vollkommen, denen das Zentrum die Beitragserhöhung ablehnte. Hätte man im Zentrum eher Einsicht gehabt, dann wären wir heute in der Frage der Arbeitslosenversicherung ein gutes Stück weiter. Allerdings hätten dann heute Zentrum und christliche Gewerkschaften nicht die Möglichkeit, in demagogischer Weise über den angeblichen Mangel an Verantwortungsgefühl bei den Sozialdemokraten zu sprechen. Die Einsicht im Zentrum wächst; auch die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines Notopfers zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung gewinnt an Boden. Auch hier ein nachträgliches Eingeständnis, daß auch diese Forderung der Sozialdemokraten — seinerzeit von ihnen erhoben, aber vom Zentrum abgelehnt — richtig war. Allerdings besteht noch ein Unterschied zwischen dem geforderten Notopfer der Sozialdemokraten und dem jetzt in Zentrumskreisen propa-

**Der Wdruf des Mahatma Gandhi — Die Swaraj-Partei.**

Wieder einmal ist viel die Rede von Mahatma Gandhi, dem Führer der nationalen Freiheitsbewegung in Indien. Wegen seiner Propaganda gegen die Salzsteuer und für den Boykott englischer Waren, schließlich wegen des von ihm organisierten Marsches nach den Salzquellen ist er kürzlich verhaftet worden und sitzt zurzeit im Gefängnis. Wie bringen nachstehend aus dem Buch „Das wertvolle Indien“ (Verlagsgesellschaft des UWG, Berlin S. 14, Inselstraße 6a) von Karl Schaber und Franz Josef Furtwängler, die beide vor wenigen Jahren eine Reise zum Studium der Arbeiterverhältnisse nach Indien gemacht haben, einen Abschnitt zum Abriss, der das Wesen Gandhis und die nationale Freiheitsbewegung trefflich kennzeichnet.

Die Bewohner der indischen Nordwestprovinz Pandjab, die ihrer physischen Vorzüge wegen seit einem Jahrhundert maßlose in den englischen Heeresdienst gepreßt wurden, erwachten am Ende des Weltkrieges aus der dumpfen Ergebenheit, die die Folge der vom Unterdrücker bewußt erhaltenen völligen Unwissenheit war, zu der Erkenntnis ihres Rechtes auf nationale Freiheit, für dessen Erlangung sie angeblich im Kriege kämpfen sollten.

Die spontane aber friedliche Volksbewegung der Pandjabbewohner im Jahre 1919 wurde durch die blutige Massenschlächterei des englischen Generals Dyer unterdrückt. Dieser ließ eine Versammlung von 15 000 Männern, Frauen und Kindern umzingeln und Hunderte durch Maschinengewehrfeuer niederknallen. Wer irgend in dem Verdacht stand, an der Freiheitsbewegung beteiligt zu sein, wurde auf öffentlichem Marktplatz blutig gepeitscht. Von solchen Maßnahmen blieben, wie spätere Untersuchungen ergaben, selbst zehnjährige Kinder nicht verschont. Dies geschah unter dem Beifall des gesamten in Indien wohnenden Engländerstums, das den Blutgeneral mit einer Geldsumme von 200 000 M belohnte, die sich aus einer allgemeinen Sammlung unter den Engländern in Indien ergab.

Aber das Indervolk, das die Lasten des Krieges „für Demokratie und Gerechtigkeit“ mitgetragen und die weißen Beherrscher seines Landes vor den „Sunnen“ gleicher Hautfarbe zittern gesehen hatte, nahm diese erneute Schmach nicht mehr mit der schweigenden Erbitterung hin, die lange

genug von den verblendeten Herrschern als Feigheit und Knechtsgegnung der Unterdrückten gedeutet worden war. Zwischen Lord Curzon's bengalischer Tyrannis und der Schandtat des Generals Dyer vollzog sich das Wölkchenwachen im Weltkriege. Und erst die aus ihm geborene Kampf- und Aufruhrstimmung der Massen brachte die Persönlichkeit Gandhis an die Spitze der werdenden Volksbewegung.

Indiens Antwort auf die Abschlagungen einer wehrlosen Menschenmasse, die Greuel in Pandjab und die gesetzlichen Bedrückungsmaßnahmen der Rowlatt-Akte war die Non-Cooperations-Bewegung des Mahatma Gandhi, welche, gleichzeitig eine politische wie ökonomische Freiheitsbewegung, auf Charakter und Gefinnung der teils zuvor, teils unmittelbar danach entstandenen indischen Arbeiterorganisationen entscheidend eingewirkt hat. Die Non-Cooperation (wörtlich: Nichtbeteiligung) forderte vom indischen Volke die Enthaltung von allen Staats- und Verwaltungsdiensten, die besonders in ihren niederen Graden von der englischen Regierung an die Eingeborenen vergeben werden, sowie die Meidung der englischen höheren Schulen durch die indische Intellektuellenschicht und den Boykott aller anderen britischen Einrichtungen im Lande. Diese Ablehnung aller Institutionen der Fremdherrschaft sollte außerdem vervollständigt werden durch den Boykott der aus England eingeführten Industriewaren, insbesondere der Erzeugnisse der englischen Textilindustrie und die Förderung der heimischen Gewerbe („Swadeshi-Bewegung“). Der Nationalkongreß unterstützte Gandhi in der Durchführung seiner Kampfmaßnahmen und Gandhi tapferste und einflussreichste Bundesgenossen, die ihm das Volk des Islam zuführten, waren die mohammedanischen Brüder Ali, die später, ebenso wie der Mahatma selbst, von den Engländern zwei Jahre lang eingekerkert wurden. Die Bewegung wuchs an Stärke und Umfang und reifte insbesondere während des Jahres 1921 ihrem Höhepunkt entgegen. Am Ende jenes Jahres landete der Prinz von Wales, der eine Reise durch Indien unternahm, in Bombay. Die Angst der Behörden vor einem etwaigen Ausbruch des Volkzornes während der Anwesenheit des Thronerben war grenzenlos. Die Eisenbahnstränge, auf denen der Zug des Prinzen fuhr, wurden von dichten Postenketten bewacht, die mit dem

Rücken gegen den Zug aufgestellt wurden. Am liebsten hätte die Bürokratie am Vorabend der Ankunft des Prinzen Gandhi verhaftet; allein sie war sich darüber klar, daß gerade dies den Ausbruch der Revolte bedeutete hätte.

Wohl war die Gandhi-Bewegung in ihrem ersten Antriebe mit dem passiven Widerstand und der staatsbürgerlichen Leistungsverweigerung in ihrem äußeren Resultat ein Mißerfolg. Sie mußte scheitern, weil der Mahatma es ablehnte, die von der Polizei hervorgerufenen Zusammenstöße mit seinen Anhängern zu einem blutigen Volksaufstand im Lande auszuwachen zu lassen und selbst sich in die historische Rolle Cromwells, Robespierres oder Lenins zu begeben. Denn ohne den schroffen Haftbefehl an seine Anhänger hätte der Lauf der Dinge ihn zu einer solchen Rolle unweigerlich gedrängt, entgegen seinen sozialen und religiösen Auffassungen, aus denen er den Kampf des Volkes mit den imperialistischen Truppen ablehnt. So legte er selbst die äußere Aktion seiner Bewegung lahm, um, nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis, von neuem zu organisieren und vorzubereiten. Weder seine Einstellung des Kampfes, noch seine Gewaltablehnung überhaupt soll hier kritisiert werden, wenn gleich es gestattet ist, der Meinung Ausdruck zu geben, daß den Dyer-Sunnen (wie der Abgeordnete Wedgwood von der englischen Arbeiterpartei die Schlächter von Amritsar nennt) ein zündbarer Stoff als Gebete und passive Resistenz mehr imponiert hätte. Worauf es jedoch in diesem Zusammenhang ankommt, das ist die allgemeine geistige Grundstimmung und der dauernde Kampfwille, den dieser erste Vorstoß der Gandhi-Bewegung beim Landvolk wie bei den Industriearbeitern in ganz Indien wachgerufen hat.

Nichts ist ungerechter als die Vorwürfe und Anklagen, die der Kommunist M. N. Roy in seinem sonst außerordentlich lehrreichen Buche „Indien“ gegen Gandhi erhebt, den er schließlich als einen „Sozialreaktionär“ und dessen Kampftat er als „scheinheilig“ bezeichnet. Wer selbst, wie Gandhi, das jahrelange Märtyrertum der Gefangenschaft auf sich nahm, ist nicht scheinheilig. Und die Millionen seiner Anhänger im Lande, die auf des Mahatmas Anordnung jedes Opfer bringen, beweisen, daß er ein Mann der indischen Massen ist und, wenn irgendwo, so gilt hier der soziologische Lehrsatz, daß der einzelne in der Erkenntnis



die bisherige Taktik. Er besprach die bolschewistischen Parolen und wandte sich dabei scharf gegen das Verlangen Moskau, eine Kampfgemeinschaft mit den Unorganisierten einzugehen. Jedes Zusammengehen mit Unorganisierten untergrabe die Kraft des Verbandes, es sei unbedingt abzulehnen. Eine Erklärung gegen die verbrecherische Politik der Ultralinken wurde von einigen Delegierten gegen die unbelehrbaren Sowjetgläubigen verteidigt. Im Verlauf der Aussprache über den Geschäftsbericht wurde bekannt, daß die sozialdemokratische Zeitung die nackte Tatsache mitgeteilt hatte, der größte Teil der Delegierten bekomme von Außenstehenden die Direktiven zu seinem Verhalten, diese Delegierten handelten nicht aus eigener Anschauung und Ueberzeugung. Daraufhin wurde der Berichterstatter der sozialdemokratischen Presse vom Kongreß ausgeschlossen. Sein Antrag auf Wiederzulassung entfiel eine lebhaft und andauernde Auseinandersetzung. Nurminen setzte sich für die Beibehaltung des sozialdemokratischen Berichterstatters ein, ebenso später der Vertreter der alten Gewerkschaftszentrale. Die Abstimmung ergab mit 34 gegen 24 Stimmen den bedingungslosen Ausschluß vom Kongreß. Am vierten Verhandlungstag abends war die Aussprache über den Tätigkeitsbericht endlich abgeschlossen.

Die Aussprache über die Satzungsgealtung war ebenfalls recht lebhaft, besonders über die Beitragsfrage. Bisher wurden wöchentlich gezahlt in der 1. Beitragsklasse 2,75 Fmk, in der 2. Klasse 2,— Fmk, in der 3. Klasse 1,25 Fmk. Die Verwaltung hatte eine geringe Beitragserhöhung von 0,25 Fmk. in jeder Klasse bei gleichzeitiger Unterfütterung beantragt. Das wäre, da 1 Fmk. etwa 10 % nach deutschen Gelde gilt, nach unseren Begriffen eine Erhöhung um etwa 2½ %. (Im übrigen trägt ein Beitrag von wöchentlich 30 % (3 Fmk.) sehr wenig zur Stärkung des Kampffonds bei. Sch.) Der Verwaltungsantrag wurde einer Kommission überwiesen. Für die Arbeitslosen- und Reisekasse wird ein besonderer Beitrag erhoben; bisher waren es 20 % der üblichen Beiträge. Jetzt wurden beantragt in der 1. Beitragsklasse 60 pennia, in der 2. 45 pennia, in der 3. 30 pennia. (Das sind nach deutschen Gelde etwa 6, 4½ und 3 %). Es fehlt in Finnland noch an einem Verhältnis des Beitrages zum Stundenlohn.

Wegen anderer Verpflichtungen mußten die ausländischen Delegierten noch vor Beendigung des Verbandstages abreisen. Auf besondere Veranlassung hin nahm Scheibel noch einmal das Wort, um eindringlich auf die unbedingt klare und eindeutige Linie zu verweisen, die allein, besonders in Finnland, unter den obwaltenden parteipolitischen und wirtschaftlichen Verhältnissen eine wirklich ernsthafte und erfolgversprechende Gewerkschaftsarbeit ermöglicht. Nach Scheibel sprach noch Martin Nielsen. Der Vorsitzende dankte Scheibel für seine Wünsche und die Mitteilungen aus den Erfahrungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Finnlands Arbeiter haben der deutschen Gewerkschaftsbewegung viel zu verdanken. Sie lernen auch heute noch von ihr.

Nurminen schloß sich dem an. Die Trennung der parteipolitischen von der gewerkschaftlichen Tätigkeit sei, wenn die Gewerkschaften vorwärts wollen, unter den obwaltenden Verhältnissen dringend nötig. Die Mahnung Scheibels sei dringend zu beachten. Zum Schluß beauftragte noch eine der Frauen den Kollegen Scheibel, den deutschen Frauen besondere Grüße der schwer arbeitenden finnischen Frauen zu überbringen. — Ueber die Beschlüsse des Verbandstages und die sonstigen Verhältnisse wird in einem weiteren Aufsatz berichtet werden.

**Der Pan-Europa-Plan.**

Die Europa-Denkchrift des französischen Außenministers Briand wurde von einem Teil der öffentlichen Meinung als ein Ereignis von geschichtlicher Bedeutung und als Beginn einer neuen Epoche der Weltgeschichte empfunden. Andere wollen in ihr nichts weiter als diplomatische Schaum-schlägerei, ein politisches Manöver Frankreichs erblicken. Vielen Anhängern des Gedankens der Vereinigten Staaten von Europa erscheint die Denkchrift zu wenig inhaltsvoll.

Erst vor kurzem hat der Vorkämpfer dieser Bewegung Coudenhove-Kalergi einen Verfassungsplan von Panuropa der Öffentlichkeit unterbreitet, dem gegenüber Briands Vorschläge vielen als zu nebelhaft und unbefimmt erscheinen. Diese Betrachtung scheint nicht das Richtige zu treffen. Es war von vornherein klar, daß im gegenwärtigen Abschnitt der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung ein Europa-Plan nur in groben Umrissen entworfen werden konnte, und es war weder möglich, noch erforderlich, einen umfassenden Plan zu entwerfen. Die Bedeutung des Planes ist nichtsdestoweniger sehr groß. Wurde doch hier der Paneuropagedanke zum erstenmal zum Gegenstand der Politik der europäischen Staaten gemacht. Darüber hinaus enthält die Denkchrift Briands Vorschläge für die Schaffung des organisatorischen Rahmens des europäischen Zusammenschlusses.

Bei kritischer Prüfung der Denkchrift zunächst in Hinblick auf jene Fragen, die sich auf die Europa-wirtschaft beziehen, kann man eine Zweiteilung des Planes vornehmen. In den ersten Teil gehört die Behandlung von Wirtschaftsfragen einschließlich verschiedener Probleme des sozialen Schutzes, deren internationale Regelung erwünscht ist und ohne tiefgreifende Änderungen der politischen und wirtschaftlichen Struktur der einzelnen Länder durchgeführt werden kann. In diese Gruppe gehören: Internationale Regelung des Verkehrs, Zusammenwirken bei großen öffentlichen Arbeiten, in Währungsfragen, zur Durchführung gesundheitlicher Maßnahmen, Probleme der Ein- und Auswanderung in Verbindung mit gegenseitiger Sozialversicherung, Ermäßigung der Zölle, internationale Kontrolle der monopolistischen Organisationen. Für diese Probleme sind der Völkerbund, seine verschiedenen Ausschüsse, und, soweit es sich um internationale soziale Gesetzgebung handelt, das Internationale Arbeitsamt zuständig. Es herrscht nun in weiten Kreisen die Meinung vor, daß diese Apparate für die Regelung jener Fragen bisher nicht mit gutem Erfolg eingesetzt werden konnten. Als weltumfassende Organisationen beanspruchen sie die Mitwirkung und die Zustimmung sämtlicher dem Völkerbund oder Arbeitsamt angeschlossenen Länder der Welt, die aber sowohl wegen der großen Entfernung, wie auch als Folge anders gearteter Interessen häufig nicht zu erhalten war. Daher war die Tätigkeit des Völkerbundes lahmgelegt, seine Bemühungen blieben gewöhnlich fruchtlos, ein Zustand, dessen Aenderung nach Ansicht dieser Kreise nicht erhofft werden kann. Könnte aber im Rahmen des Völkerbundes für die Behandlung der erwähnten Probleme eine besondere Abteilung allein für europäische Länder errichtet werden, so könnte eine solche Europa-Abteilung glatter funktionieren als der so schwerfällige Apparat des Völkerbundes. Soweit stellt sich das Problem als eine reine Zweckmäßigkeitfrage. Bereits die Zollfriedenskonferenz in diesem Frühjahr beschränkte sich aus solchen Erwägungen auf europäische Länder.

Die, die vom Völkerbund eine Aktivität für die Regelung der Probleme der Weltwirtschaft fordern und zur Einsicht gelangen, daß eine fruchtbare Zusammenarbeit allein im Rahmen kontinentaler Organisationen möglich ist, handeln folgerichtig, wenn sie die Abtrennung der Behandlung besonderer europäischer Fragen aufheben. Wir möchten diese Zweckmäßigkeitfrage allerdings nicht ohne weiteres bejahen. Die Gefahr, daß ein engeres Zusammenwirken europäischer Staaten die internationale Regelung von wirtschaftlichen und sozialen Fragen, die die ganze Weltwirtschaft betreffen, verzögern, ja, die außer-europäischen Länder in eine Abwehrstellung bringen könnte, ist nicht von der Hand zu weisen. Das muß nicht so sein, kann sich aber als Folge der Trennung ergeben. Die Betonung in der Denkchrift, die auf die Beruhigung der außereuropäischen Länder großes Gewicht legt und die enge Zugehörigkeit zum Völkerbund mit großem Nachdruck betont, vermög diese Gefahr an sich noch nicht zu bannen.

Einen anderen Charakter und weittragendere Bedeutung haben jene Fragen, die der Verwirklichung der europäischen Wirtschaftsunions dienen, richtiger Europa vorbereiten sollen. Hier liegt der Kern des Pan-europagedankens. In diesem entscheidenden Punkt ist die

Denkschrift Briands begrifflicherweise sehr zurückhaltend. Der Grundgedanke wird trotzdem angedeutet: Einrichtung eines gemeinsamen Marktes. Das aber bedeutet die Schaffung eines großen europäischen Wirtschaftsgebietes, das ebenbürtig neben den Vereinigten Staaten bestehen kann. Die Voraussetzung dafür ist aber allmählicher Uebergang zur Zollunion. Auch betont die Denkchrift, daß die rationelle Organisation der Produktion und des Güterausstausches auf dem gemeinsamen Markt erforderlich ist, was wiederum nur den Sinn haben kann, daß es bei der Abtragung der Zollmauern nicht sein Bewenden haben kann, vielmehr es organisatorischer Maßnahmen für die Entfaltung der Produktivkräfte auf dem erweiterten Wirtschaftsgebiet bedarf.

Eben das sind die grundlegenden Gedanken der Pan-europabewegung. Die Vorteile eines großen Wirtschaftsgebietes können von niemand in Abrede gestellt werden. Die übliche Begründung, der Zusammenschluß der europäischen Länder sei möglich, da deren Wirtschaftsstruktur gleichartig und deren Wirtschaftsprobleme daher ähnlich sind, ist allerdings nicht zutreffend. Die Wirtschaftsstruktur der europäischen Länder ist in Wirklichkeit alles andere, nur nicht gleichartig. Die Verteilung der Naturschätze, die Arbeitsleistung in bezug auf die Produktionsrichtungen, die Arbeitsfähigkeiten und die Kapitalausstattung sind bei ihnen sehr verschieden. So ist es nur die geographische Lage, die den Zusammenschluß der europäischen Länder ermöglicht. Die gleiche Wirtschaftsstruktur ist dafür nicht erforderlich, ja, vielleicht nicht einmal erwünscht, da gerade die Verschiedenheiten des Wirtschaftsaufbaus die gegenseitige Ergänzung ermöglichen. Den Vorteil eines großen Wirtschaftsgebietes könnten wohl die einzelnen europäischen Staaten mit Opfern bezahlen. Zieht man die Möglichkeit organisatorischer Vereinbarungen in Betracht, so braucht der Zusammenschluß nicht einmal mit Opfern verbunden zu werden, da ein gegenseitiger Interessenausgleich mit Hilfe von organisatorischen Maßnahmen sehr wohl denkbar ist. So könnte für die Behinderung der Entfaltung einzelner Produktionslinien eines Landes Entschädigung durch vermehrte Kapitalzufuhr an andere Produktionszweige geleistet und schließlich die europäische Arbeitsteilung gefördert werden.

Für die Stellungnahme der Arbeiterklasse sind jedoch zwei Gesichtspunkte von großer Bedeutung: der politische Charakter des europäischen Zusammenschlusses und die kapitalistische Organisation der Wirtschaftsunion. Die Denkchrift Briands hebt mit allem Nachdruck die politische Eigenart des Planes hervor, dem über dem wirtschaftlichen unter allen Umständen der Vorrang gebühre. Er bemüht sich, die Friedfertigkeit eines solchen Zusammenschlusses darzulegen. Die Arbeiterklasse, deren Ziel vor allem auf den Weltfrieden gerichtet ist, muß den Europaplan aufs ernfeste daraufhin prüfen, wie weit er dem Weltfrieden wirklich dienen oder aber beeinträchtigen kann. Zweifellos hat die Frage ein doppeltes Gesicht: beide Möglichkeiten, sowohl Förderung des Weltfriedens wie dessen Störung sind in ihm eingeschlossen. Förderung des Weltfriedens, einmal durch die vermehrte Kraft des zusammengegeschlossenen Europa, zum anderen durch Ausschaltung kriegerischer Konflikte unter den in Europa verbündeten Ländern. Auf der anderen Seite steht die Gefahr, daß die große Kraft des vereinigten Europa in den Dienst einer kriegsklüfternen weltpolitischen Reaktion gestellt werden kann. Wenn man bedenkt, daß sowohl England wie Sowjetrußland außerhalb des europäischen Bündnisses bleiben, muß man diese Möglichkeiten in Rechnung stellen. Vor allem soll man sich keine Illusionen darüber machen, daß trotz aller Versicherungen Briands hinsichtlich der Wahrung der Souveränität eines jeden angeschlossenen Landes die Führung des europäischen Bündnisses, sollte ein solches zustande kommen, aller Wahrscheinlichkeit nach bei der französischen Politik liegen wird.

Das andere nicht weniger schwerwiegende Problem für die Arbeiterklasse ist die kapitalistische Eigenart des Zusammenschlusses. Da die Länder, die sich zusammenschließen sollen, sämtlich kapitalistisch organisiert sind, wird auch ihr Wirtschaftsbandnis zwangsläufig diesen Charakter tragen müssen. Indessen stehen die europäischen Länder auf

der noch immer zu neuem Kampf die Kräfte sammelt und die Geister organisiert, den Weg aller Sterblichen gehen: der Mut und der Wille zur Freiheit leben weiter. Das sieht und merkt der Besucher in Indien, wohin er auch kommt. Noch kann die Herrenkaste der Eroberer sich nicht damit abfinden, daß das Volk in den Städten sich nicht mehr wie seit alters her von den Bürgerseigen herunterjagen lassen will, wenn einer von dem weißen Herrenvolk sich nähert, und sie klagt über die Auffälligkeit der „natives“, die auch auf dem Dorf aufbegehren, weil der Kollektor von ihnen schwere Abgaben erpreßt, die fast ausschließlich für Militarismus und die Befoldung und Pensionierung einer weißen Bürokratenherrschaft verwendet werden. Denn gerade auf dem Lande hat die volkstümliche Gandhi-Bewegung eine Organisations- und Werbearbeit vollbracht, die sonst sich erst spät und sehr langsam von der gewerkschaftlichen Industriearbeiterschaft aus dorthin ausgebreitet hätte, und hat damit der allgemeinen proletarischen, politischen und sozialen Bewegung eine breite Basis gebahnt. Da der Nachschub an Industriearbeitern vom Dorf kommt, so beschleunigt die Erziehung zum Freiheitsgeist unter dem Landvolk auch den Fortschritt der Industriearbeiterorganisationen.

Für die Industriearbeiter wie für das arme Bauern-tum fällt der ökonomische Kampf mit dem Kampf um die nationale Freiheit zu großen Stücken zusammen. Fühlt das letztere den Druck der Fremdherrschaft vor allem durch die schweren Tributabgaben, welche als Militär- und Beamtenpensionen in großen Summen in ein fremdes Land abfließen, so haben die Industriearbeiter (abgesehen von denen der Baumwollindustrie, deren Unternehmer in der Mehrheit Indier sind) zum weitaus größten Teil die fremden Herren oder deren Regierung selbst zu unmittelbaren Brotherrn. Da stellen sich für die Arbeiter neben der allgemeinen kapitalistischen Ausbeutung alle jene Leiden, Mißhandlungen und Erniedrigungen ein, die aus der traditionellen Verachtung der weißen Kolonialkaste gegen alle farbigen Menschenwesen entspringen. Und von dieser Verachtung sind auch die Hüter der englischen Rechtsprechung in Indien nicht frei, so daß jede gerichtliche Ausweitung eines Beschwerde- oder Mißhandlungsfalles aus englisch geleiteten Betrieben zu einer politischen Angelegen-

heit wird. Am schlimmsten sind diese Verhältnisse in den großen englischen Teeplantagen von Darjeeling und Assam mit ihrer Million Kulis, wo heute noch die vollkommene Sklaverei herrscht, ohne den Namen zu tragen, wo die einmal zusammengetriebenen Menschen, mit Waffengewalt auf Lebenszeit festgehalten, sich jeder Arbeits- und Lebensbedingung und den ärgsten Mißhandlungen unterwerfen müssen. Der einzige Ausweg aus ihrem lebenslänglichen Elend sind gelegentliche, aus der Verzweiflung geborene Massenaufstände, in denen sie in Haufen ums Leben kommen. Bis dorthin ist natürlich auch heute noch kein Organisationsversuch gelangt.

Schon diese Beispiele zeigen auf die denkbar krasseste Art die enge Verbundenheit des sozialen und nationalen Befreiungskampfes für die Arbeiter dieses Kolonialvolkes. Aber auch diejenigen Arbeiter, deren Brotaggeber indische Kapitalisten sind, und die, von der demonstrativen Verachtung des „schwarzen“ Menschenlebens abgesehen, an Unterdrückung und Ausbeutung kaum hinter den Weißen zurückbleiben, haben begreifen gelernt, daß mit ihrem sozialen Ringen gleichzeitig der nationale Freiheitskampf geführt werden muß. Sie wissen, daß zwei Ausbeuter eine drückendere Last bedeuten als einer, sie kennen die Riesenslasten, welche die Fremdherrschaft ihrem Lande an Geld- und Naturalabgaben auferlegt, und die von ihnen und den Landarbeitern und Kleinbauern getragen werden müssen, wie sie auch das Furchbare und Entwürdigende empfinden, das aus einem Volke, welches selbst in Unterdrückung lebt, Hunderttausende seiner Söhne für imperialistischen Militarismus in die Kasernen getrieben und in Eroberungskriegen abgeschlachtet, ja selbst gegen andere unterdrückte Völker, wie die Chinesen, ins Feld geführt werden; sie wissen ferner, daß im letzten Ende die fremde Regierung der schärfste Gegner wirklich zielbewußter Arbeiterorganisationen ist (wie sehr sie dies auch durch Wohlwollen gegen selbstgeschaffene allzeit gefügige Organisationskreaturen vor der Welt verhillen mag), wie sie überhaupt jeden Zusammenschluß, ja, jede Einigkeit des Volkes zu hinterstreben sucht, da sie durch Uneinigkeit regiert und herrscht; sie wissen auch, daß diese Regierung das Volk trotz der hohen Abgaben, die sie aus ihm herauszieht, in einer verfallenden Unbildung erhält, um es so besser regieren und

logar für den Militärdienst und den Kampf gegen die eigenen Volksgenossen mißbrauchen zu können, während eine Reihe von Eingeborenenstaaten heute eine beachtliche Volksbildung aufzuweisen hat; und sie wissen außerdem, daß dieselbe Regierung den Alkoholkonsum monopolisiert hat, den Trunk im Volk begünstigt und die Abschaffung der Trunkstätten in der Fabriknähe mit der ausdrücklichen Begründung verweigert, daß sie dadurch einer beträchtlichen Einnahmequelle verlustig ginge. Vor dem Kriege hatten die indischen Volksmassen von all diesen Dingen kaum eine Ahnung, wußten nur, daß der „Kollektor“ der Regierung ihnen einen Teil ihres Arbeitsertrages wegnimmt, und nahmen diese Tatsache als Schicksal hin, ohne im allgemeinen nach Ursache und Zweck zu fragen. Jetzt aber gehen die Reden und Kernworte des Mahatma von Mund zu Mund und dringen bis in die Dörfer, in denen kein Eingeborener lesen kann. Und da der große Volksführer in der kraftvollsten und klarsten Sprache ausbrückt, was die dumpf schweigende Masse empfindet, so verstehen sie nicht die Wirkung. Dies alles sind politische und zugleich soziale Fragen, und da eine parlamentarische Arbeiterpartei in Indien nicht vorhanden ist und 98 % des Volkes überhaupt kein Stimmrecht haben, so ist es nur natürlich, daß auch die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung bei der Geltendmachung politischer Forderungen auf der gleichen Linie wie Gandhi im nationalen Freiheitskampfe mitstreift.

Nach alledem kann nur abermals betont werden, wie verschieden der „Nationalismus“ der indischen Arbeiter, das heißt ihr Kampf um die Befreiung von der Fremdherrschaft, ist von dem, was in Europa unter dem Namen Nationalismus oft genug imperiale Eroberungsgelüste nach außen mit reaktionären Bestrebungen im eigenen Lande verkörpert. Tatsächlich zeigt sich in Indien überall, daß diejenigen Gewerkschaften, die am entschiedensten für die sozialen Forderungen der Arbeiter eintreten, zugleich auch eifrig und mutig für die nationale Freiheit kämpfen. Das trifft zu auf die beiden großen Textilarbeiterverbände des Mahatma in Ahmedabad und Indore wie auch auf die große, 7000 Mitglieder starke Textilarbeiterunion von Madras, den 4000 Mitglieder zählenden Verband von Coimbatore oder die Organisation von Cawnpur, und ebenso auf gar zahlreiche kleinere Gewerkschaften.

verschiedenen Stufen der Wirtschaftsentwicklung; neben den einen, die noch halb feudalistisch oder frühkapitalistisch wirtschaften, stehen andere, die sich bereits im Abschnitt des Spätkapitalismus befinden, in einem Abschnitt, in dem die Wirtschaft bereits mit dem Kapitalismus wesensfremden organisatorischen Elementen durchsetzt ist. Die schwerwiegendsten Probleme, die aus diesem Nebeneinander entstehen, können wir hier andeuten; sie beziehen sich auf die verschiedensten Gebiete der Wirtschaftspolitik: auf die Wirtschaft der öffentlichen Hand, — Sozialisierung! —, auf Lohnfragen und Sozialpolitik, auf Handelspolitik.

Wie ist es möglich, daß die europäische Arbeiterklasse den Gedanken des europäischen Wirtschaftszusammenschlusses trotz dieser Gefahren begrüßt, ja als Vorkämpferin für diesen Gedanken auftritt? Wir möchten nur auf das Heidelberger Programm der deutschen Sozialdemokratie hinweisen, das die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa als ein Kampfsziel für die Arbeiterschaft hinstellt. Offenbar deshalb, weil sie davon durchdrungen ist, daß dieser Zusammenschluß im Zuge der Entwicklung liegt und für die Entfaltung der Produktivkräfte des europäischen Wirtschaftsgebietes wie auch als Abwehr gegen die Uebermacht Amerikas notwendig ist. Ueberdies erwartet sie von ihm zunächst den allgemeinen Wohlstand und selbst beim überwiegend kapitalistischem Charakter des Zusammenschlusses organisatorische Maßnahmen zum Schutz der Verbraucher und zum sozialen Schutz der Arbeiterschaft.

Was aber die Gefahrenpunkte anbelangt, so kann man wohl der Meinung sein, daß die Arbeiterklasse den europäischen Zusammenschluß gerade im Hinblick auf jene Gefahren fördern kann. Eine weltpolitische Reaktion, die sich in kriegerischen Abenteuern entladen kann, ist beim gegenwärtigen politischen Machtssystem ohne Zusammenschluß von europäischen Ländern ebenso gut vorstellbar, wie mit diesem. Auch herrscht das kapitalistische Wirtschaftssystem in den einzelnen europäischen Ländern ohne Zusammenschluß und mit ihm. Kriegsgefahr und volksfeindliche Vorstöße des Kapitals werden heute vor allem durch die Macht der Arbeiterklasse, wo sie eine solche einzuweisen vermag, bekämpft. Im Rahmen der europäischen Vereinigung würde die Kräftesammlung auch der Arbeiterklasse leichter sein. Ihr Kampf gegen Krieg und für die wirtschaftliche und soziale Neuordnung Europas könnte wirkungsvoller sein, wenn sie ihn nicht nur innerhalb der Grenzen der einzelnen Staatsgebiete, sondern auch in der umfassenden europäischen Vereinigung führen kann. Auch dies ist freilich nur eine Möglichkeit. Je nachdem, in welchem Umfang die Arbeiterklasse in den einzelnen europäischen Ländern Machtpositionen zu erwerben und auszubauen vermag, wird auch das Ansehen der europäischen Vereinigung ein anderes sein, und je nachdem kann sie Trägerin von Gewaltpolitik und Profitstreben oder des Friedens und der sozialen Emanzipation werden!

### Mehr Schutz dem Achtstundentag!

In Warmen führt die Firma Rostock & Baerlocher aus Klosterneuburg bei Wien für die Wicküler-Küpper-Brauerei größere Betonarbeiten aus. Die Belegschaft besteht aus 84 ortsanfälligen Fach- und Hilfsarbeitern und außerdem aus 18 Spezialfacharbeitern, die die Firma als Stammarbeiter bezeichnet. Die einheimischen Leute sind auf zwei Schichten von je 8 Stunden verteilt. Natürlich glaubt sich die Firma berechtigt, ihre Stammarbeiter täglich 11 bis 12 Stunden beschäftigen zu dürfen, und das zu einer Zeit, wo hunderttausende Bauarbeiter in Deutschland arbeitslos sind. Unseren Angestellten der Baugewerkschaft, die diesem Treiben ein Ende machen wollten und mit Beschwerde beim Gewerbeaufsichtsamts drohten, wurde von dem Bauführer Krick dieser Firma erklärt, er lasse so lange arbeiten, wie es ihm passe; er lasse sich von keiner Behörde Vorschriften machen. Für den Herrn Gewerberat schien dann die Sache dadurch erledigt, daß er zwei Gutachten einholte, in denen der „Beweis“ erbracht war, daß aus „technischen Gründen“ die Ueberarbeit notwendig sei.

Man braucht sich nicht zu wundern, wenn die Gutachten zugunsten der ausführenden Firma ausfielen; denn das eine wurde von einem Geschäftsführer einer großen Elberfelder Baufirma, der sicher wenig soziales Empfinden für die Arbeiter hat, und das andere von einem Herrn der städtischen Baupolizeiverwaltung ausgestellt. Der Herr Gewerberat bemerkte in einem Schreiben vom 8. April an die Amtsanwaltschaft ganz entrüstet:

„Ich kann es nur bedauern, daß hier die Bauarbeiter sich anmaßen, beurteilen zu wollen, ob so schwierige Bauarbeiten wie bei der Wicküler-Küpper-Brauerei ohne Zuhilfenahme von Mehrarbeit geregelt erledigt werden können.“

Nach Ansicht dieses Herrn Gewerberates gehören zur Beurteilung, wann und wie lange auf einer Baustelle Ueberstunden gemacht werden dürfen, langjährige, auf Hochschulen erworbene technische und theoretische Kenntnisse. Es sei nur daran erinnert, daß zum Bau einer solchen Anlage wie bei Wicküler-Küpper auch tüchtige Betonfach- und Hilfsarbeiter notwendig sind und ohne diese Kräfte mit der auf Hochschulen gesammelten Weisheit nicht anzufangen ist. Wenn man täglich in den Zeitungen die Klagen über die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitslosigkeit liest, so sollte man annehmen, die Gewerbeaufsichtsbehörde, in diesem Fall der Herr Gewerberat von Wuppertal-Elberfeld, würde nun ganz besonders den Unternehmern wegen der Einhaltung der achtstündigen Arbeitszeit auf die Finger sehen. Aber das Gegenteil ist hier der Fall! Wenn an dem Bau der Brauerei Wicküler-Küpper die ganze Belegschaft nur 8 Stunden arbeiten würde, so könnten dort 10 Betonfacharbeiter mehr beschäftigt werden, wodurch die Kasse der Arbeitslosenversicherung entlastet würde. Es sei zu geben, daß es hin und wieder vorkommt, besonders im Betonbau, aus technischen Gründen einige Arbeiter einen bestimmten Bauteil fertigstellen zu lassen. Aber in diesem Fall läßt der Bauführer der Firma Rostock & Baerlocher systematisch jeden Tag seine Stammarbeiter drei Stunden länger arbeiten, ohne sich dabei von der Arbeitszeitverordnung, der Gewerbeaufsichtsbehörde oder der Betriebsvertretung stören zu lassen. Es wäre Pflicht der Amtsanwaltschaft in Elberfeld gewesen, die Firma Rostock & Baerlocher oder deren Vertreter, den Herrn Krick, nach § 11 der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. April 1927 wegen

Verstoßes gegen diese Verordnung zu bestrafen. Es erweckt den Anschein, als wenn auch der Herr Amtsanwalt gleich der Gewerbeaufsichtsbehörde und den beiden Sachverständigen meint, der genannte Bau könne ohne Ueberstundenarbeiten nicht vollendet werden. Nach Ansicht dieser Stellen hätte das Bauwerk überhaupt keine Unterbrechung erleiden dürfen. Gegen eine solche Nichtunterbrechung wäre nichts einzuwenden, solange dadurch der hart erkämpfte Achtstundentag der Bauarbeiter nicht verlehrt wird. Deshalb mögen die Kollegen auf der Baustelle das Verlangen der Unternehmer nach Ueberstunden ablehnen, solange noch tausende Bauarbeiter arbeitslos sind. s. o.

### „Soziale Betriebspolitik.“

Im „Grundstein“ Nr. 13 vom 29. März 1930 ist unter diesem Titel ein Bericht über eine Vortragsreihe veröffentlicht worden. Die dort aufgeworfenen Fragen sind für die Arbeiterschaft von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit. Die Gewerkschaften sind — wie der Berichterstatter schreibt — nicht gegen eine vernünftige soziale Betriebspolitik. Vielfach ist diese aber, wenn auch nicht immer offen, ein Kampfmittel gegen die Interessensolidarität der Arbeiterklasse und richtet sich verdeckt gegen die Gewerkschaften. Um ein Beispiel zu geben: Die große Schokoladenfabrik Cadbury Brothers Bunnville, Birmingham, mit über 10 000 Beschäftigten treibt eine musterergültige soziale Betriebspolitik.

### Ein neues Verwaltungsgebäude der Volksfürsorge.



Die Volksfürsorge Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft im Hamburg sah sich wegen ihres starken Wachstums vor die Notwendigkeit gestellt, ein neues Geschäftsgebäude zu errichten. Das Bild zeigt, wie es nach Fertigstellung aussehen wird. In zwei Bauabschnitten wird gearbeitet. Der erste — auf dem Bilde rechts — steht jetzt vollendet da und hat die Abteilungen der Zentrale provisorisch aufgenommen. Einfachheit und Sachlichkeit werden bei dem Gebäude vorherrschen, den Zwecken entsprechend, für die es bestimmt ist. Die äußere Form ergab sich auf Grund der Lage des Grundstückes an der Außenalster in Hamburg aus städtebaulichen Gründen. In einer Front von 63 Meter und einer Tiefe von 18 Meter bei 6 Stockwerken wird es sich erheben.

In dem großen Generalstreik der englischen Arbeiter hat sich die Belegschaft aber nicht beteiligt; denn wozu, sagten sich die dort Beschäftigten? Was besteht für uns für ein Anlaß, können wir damit Vorteile erwerben? Sie fühlten sich nicht mehr mit dem Schicksal ihrer Klassengenossen verbunden, verleugneten das gemeinsame Klasseninteresse. Sowie zu kommen, eine bewußt gewollte Arbeitsgemeinschaft, eine „Werksgemeinschaft“ zu errichten, in der die Arbeiter ihr Wohlergehen an ein bestimmtes Werk knüpfen, ist Ziel aller Sozialmaßnahmen großer Werke. „Die Heimat des Arbeiters ist im Betrieb, er darf von außen nicht zu sehr beengt werden“ sagt Dr. Landmann, Sozialsekretär der Vorfing-Werke. „Wenn nicht Klassen-gegenstände, sondern Typen bestimmen die Wirtschaft“. Und im „Arbeitgeber“ Heft 3 und 4 (1930) umreißt er die Aufgaben der sozialen Betriebspolitik. Es sind erstens „einmal alle die Maßnahmen, die aus dem zunächst nur technisch und organisatorisch bedingten Miteinanderarbeiten der in einem Werk tätigen Menschen eine organisch und bewußt zusammen arbeitende Gemeinschaft sich auch zusammengehörig fühlender Menschen machen sollen, und zweitens alle die Maßnahmen, die mittelbar und unmittelbar das Wohlergehen der Werksangehörigen zu fördern bestimmt sind.“ — Auch hier wieder die Absicht, für den Arbeiter durch „Betriebspolitik“ die Reibungsflächen innerhalb des Betriebes zu verringern, ihn mit seinem proletarischen Geschick auszuheilen. „Der Kampf um die Seele wird geführt, um den Arbeiter aus der Gewalt ganz bestimmter Einflüsse zu befreien, die ihm ein unzutreffendes Bild von den Tatsachen geben.“ „Auch die Arbeiter müssen ihren Kampf führen lernen unter grundsätzlicher Anerkennung der im gegenwärtigen Wirtschaftsleben mächtigen Gesetze“ so Dr. P. Osthold im „Kampf um die Seele“. Und Arnold sagt: „Unsere Arbeiter müssen einsehen, daß es in der heutigen Wirtschaft mehr auf „das Dienen, als auf Geld verdienen ankommt“. Wenn es dem Volk schlecht geht, müssen die Arbeiter auch unter Tarif arbeiten wollen (siehe Stahlwerk Becker), weil ja alles vom Werk abhängt, auf dessen Führung die Arbeiter keinen Einfluß haben, wo sie also für die Mißwirtschaft der Werksleitung einen Teil ihrer Tarifsöhne opfern sollen. Der Gedanke der Arbeit, ihrer Einstellung zum Werk, das den Arbeiter den größten Teil seines Tages für sich hat, soll den Arbeiter auch in seiner Freizeit am eindrucksvollsten beschäftigen (Werkzeitung). Die Aufgabe der Wirtschaft, sagt Arnold, besteht eben darin: „vom kleinen Kind bis zum alten Mann die Führung in der Hand zu behalten, nicht — ich unterstreiche es noch einmal — aus sozialem Streben, sondern aus der Erkenntnis der Produktivität heraus.“ Noch immer gilt, was die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ 1904 in Nr. 41 schrieb: „Im allgemeinen liegen die Verhältnisse so, daß die Errichtung von Wohlfahrtsanstalten geradezu durch

das Interesse des Arbeitgebers selbst bedingt wird. Man kann danach sagen, daß überall da, wo für die Arbeitgeber ein Vorteil aus solchen Wohlfahrtsanstalten nicht erwächst, die Schaffung auch unterbleibt. Hieraus in erster Linie erklärt sich die große Verschiedenheit in den von den einzelnen Arbeitgebern zu dem genannten Zweck gemachten Aufwendungen.“ Jede soziale Betriebspolitik ist ein Herrschaftsinstrument in der Hand des Unternehmens, der Arbeiter geht durch Kündigung aller Vergünstigungen verlustig — also muß er alles tun, um eine Kündigung durch eigenes Verschulden zu vermeiden. Seine Handlungsfreiheit hat er selbst einzuschränken, er muß viel ertragen ohne aufzubegehren und gesamtproletarische Interessen dürfen ihn nicht mehr bestimmen. Daß dies Ziel teilweise erreicht wird, zeigt nicht nur Cadbury Brothers, sondern in Deutschland Krupp und viele andere Betriebe. Daß eine Befriedung durch diese Methode der Betriebspolitik nicht erreicht werden kann, wenn die Gegenstände an den Erscheinungsformen und nicht an der Wurzel angegriffen und beseitigt werden, liegt auf der Hand. Die Gewerkschaften haben die Befreiung der gesamten unter ihrem Schicksal leidenden Arbeiterklasse auf sich genommen und ihre Arbeit vornehmlich nach diesem Ziel orientiert. Wer unter diesen Gesichtspunkten soziale Betriebspolitik wertet, wird bei aller Anerkennung, die er von Fall zu Fall solcher Befriedung bezeugen wird, keinen Augenblick außer acht lassen, daß es sich hierbei nur um einzuordnende Aufgaben handelt, die bei aller Wichtigkeit für einzelne, dem Gesamtteil einzuordnen sind. Nicht vom Volk, von der Einzelzelle, sondern durch planmäßig bewußten gesamtgesellschaftlichen Umbau der heutigen Wirtschaftsordnung werden die Gegenstände an der Wurzel erfaßt, nur von hier aus sind sie zu überwinden. Erst dann kann eine sich auch im Einzelbetrieb auswirkende Befriedung der Arbeit sichergestellt werden. Hans Gaibles.

### Die Gewerkschaftsjugend im ADGB.

In den wenigen Jahren ihres Bestehens hat die gewerkschaftliche Jugendbewegung einen gewaltigen Aufschwung genommen. Besonders in den beiden letzten Jahren war der Zustrom über Erwarten günstig. Die im Erwerbsleben stehenden Jugendlichen haben die Bedeutung der Gewerkschaften erkannt. Aufgabe der Gewerkschaften ist es nun, den Jugendlichen in ihrem Kampf für vermehrten Jugendschutz und erträgliches Lehrlingswesen durch straffe Zusammenfassung die erforderliche Stoßkraft zu geben. Insgesamt wurden im Jahre 1928 rund 180 000 jugendliche Mitglieder in den dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbänden gezählt. Im Jahre 1925 waren es 125 000, so daß sich in dem kurzen Zeitraum die Mitgliederzahl um 60 000 Mitglieder gesteigert hat. Da hierin die jugendlichen Mitglieder von nur elf freigewerkschaftlichen Verbänden enthalten sind, so dürfte die tatsächliche Zahl noch wesentlich größer sein. Schätzungsweise wird die freie Gewerkschaftsbewegung über rund 300 000 junge Gewerkschafter verfügen. Bemerkenswert ist, daß insgesamt fünfzehn gewerkschaftliche Jugendzeitschriften erscheinen. Eine genaue Uebersicht über die tatsächliche Zahl der jugendlichen Mitglieder bis zum 18. Lebensjahre fehlt deshalb, weil die Verbände im allgemeinen keine Zählung nach dem Lebensalter ihrer Mitglieder vornehmen. So kommt es, daß fast ausschließlich nur Lehrlinge, für die besondere Beitragsmarken ausgegeben werden, gezählt sind.

Mit dem weiteren Aufstieg der gewerkschaftlichen Jugendbewegung ist zu rechnen. Die Zeiten sind vorüber, wo man den Jugendlichen mit Maulschellen frakturiert hat und ihm verbot, sich seiner Berufsorganisation anzuschließen. Die Gewerkschaften haben bewußt die Aufklärung in den Dienst ihrer Sache gestellt. Es kommt ihnen nicht bloß darauf an, die Jugendlichen über die ihnen zustehenden Rechte aufzuklären, sie geben sich auch die redlichste Mühe, den Jugendlichen Fachwissen beizubringen. In den Jugendzeitschriften und Beilagen zu den Gewerkschaftszeitungen ist eine Fülle von lehrreichem und technischem Material enthalten. Ueber eigene Jugendzeitschriften verfügen der Baugewerksbund, die Bekleidungsarbeiter, Bergbauindustriearbeiter, Buchdrucker, Dachdecker, Holzarbeiter, Eisenbahner, Hotelangestellten, Lithographen, Maler, Metallarbeiter, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Sattler, Textilarbeiter und die Zimmerer. Andere Verbände geben Jugendbeilagen zu den Gewerkschaftszeitungen heraus. Auch die Verbände der Angestellten, wie der Zentralverband der Angestellten und der Bund der technischen Angestellten und Beamten besitzen eigene Jugendzeitschriften. Die Zeitschriften erscheinen zumeist monatlich einmal, einige zweimal, die Jugendbeilagen kommen in monatlichen Abständen heraus.

Die Unternehmer richten ihren Kampf mit aller Schärfe gegen die Gewerkschaften. Es wird alles aufgeboten, die Jugendlichen von der Gewerkschaft fernzuhalten. Versprechungen werden gemacht, fabelhafte Aufstiegsmöglichkeiten werden in Aussicht gestellt, wenn sie dem Weg folgen, den die Unternehmer aufzeigen. Aber die Ereignisse zeigen auch den Jugendlichen, daß nur die Berufe ihre Lebenslage verbessern, die gegen das Unternehmertum darum kämpfen. Das Unternehmertum denkt nicht daran, freiwillig etwas aufzugeben oder den Jugendlichen zuliebe auf etwas zu verzichten. Was die Unternehmer beabsichtigen, sieht man am besten daraus, wie sie die Forderungen der Jugendlichen behandeln. Die kapitalistischen Blätter haben die Forderung der Gewerkschaften auf Gewährnung von Urlaub, Befreiung der Züchtigung und Einhaltung des Achtstundentages mit bisfigem Hohn beantwortet. Man besaß die Unerschämtheit, zu behaupten, daß die Gewerkschaften nur deshalb solche Forderungen stellen, um die Jugendlichen rot zu verfeuchten. Kein Wort davon, daß es einfach Menschenpflicht ist, die Jugendlichen vor Mißhandlungen und schamloser Ausbeutung zu schützen. Im Unternehmertum existiert das Wort Menschenpflicht kaum.

Das Unternehmertum wendet alle Mittel an, die Jugendlichen einzufangen. Mit salbungsvollen Reden, hinter denen sich die Absicht schlecht verbirgt, versuchen sie die Jugendlichen für sich zu gewinnen. In Werkschulen und ähnlichen Einrichtungen soll den Jugendlichen das Gift der kapitalistischen Seelenfängerei eingebräutet werden. Die Unternehmer tun dies nicht aus übergrößer Liebe zur Arbeiterjugend, sondern weil die Knüppelmethode anrüchig geworden sind. Hier und da wagt es einer noch,

das früher so beliebte Züchtigungsmittel anzuwenden, aber man weiß ganz gut, daß der Jugendliche nur einen Schritt weiter, nämlich zu seiner Organisation zu gehen braucht, um sich sein Recht zu verschaffen.

Die Gewerkschaften haben in richtiger Erkenntnis der Tatsachen Jugendabteilungen gegründet. Sie sind unentbehrlich und fast können wir es nicht verstehen, daß man so lange ohne sie ausgekommen ist. Daß die Gewerkschaften mit dieser Einrichtung durchaus das Richtige getroffen haben, beweist das Geschrei der Unternehmer. Aber die „Verhöhnung der Jugendlichen“ und die „Erziehung zum Klassengeist“ brauchen die Jugendabteilungen nicht zu besorgen, das tun die Unternehmer. Die Zusammenfassung der Jugendlichen, daß sie geschlossen in Reich und Glied antreten und mitkämpfen können, ist für uns das Wichtigste. Auf dem Gebiete der Jugendfürsorge gibt es noch viel zu verändern und zu verbessern, und es ist Aufgabe der Jugendlichen, hier selbst Hand anzulegen. Aber auch die mit den Jugendlichen zusammenarbeitenden Kollegen sind verpflichtet, für einen Ausbau unserer gewerkschaftlichen Jugendbewegung zu sorgen!

**Für die Ausbildung des Jungvolks.**

Ein junger Mensch soll nicht zu Handlangerarbeiten herangezogen werden. Er darf nicht das Ausbeutungsobjekt des Unternehmers sein. Er ist keine Arbeitsmaschine, er ist ein Mensch, dessen geistige Ausbildung ebenfalls gefördert werden muß. Höchst selten wird der Unternehmer auf die geistige und feilische Verfassung des jungen Menschen Rücksicht nehmen. Für ihn ist das körperliche Leistungsvermögen maßgeblicher, weil er ihm entsprechend seinen Gewinn einheimt.

Diese Tatsachen sind noch einem großen Teil unserer Kollegen verborgen. Mancher von den älteren Kollegen steht den Lehrlingen fremd gegenüber. Er kann ihr Wesen nicht begreifen oder er hält es für unter seiner Würde, sich mit Lehrlingen über Fach- und Gewerkschaftsfragen zu unterhalten. Vielleicht könnte er dadurch dem Vertrauen, das der Meister in ihn setzt, schaden.

Wie findet sich nun jung und alt zusammen und wie kann der Lehrlingsausbeutung und mangelhafter Lehrlingsausbildung entgegengetreten werden? Ältere Kollegen müssen die jungen Menschen nicht durch Drohungen oder Prügel zu einem willigen Werkzeug heranzuziehen suchen. Auch bei einfachen Fragen des Lehrlings ist ihnen die Erklärung, nicht gezwungen, sondern von kameradschaftlichen Gefühlen geleitet, zu geben. Merkt der junge Kollege, trotz des härtebeigigen Wesens seiner Gesellen, daß in den rauhen Schalen gute Kerne stecken, dann wird aus manchem schüchternen Burschen ein selbständiger, edel denkender Mensch, ein guter Kamerad und Gewerkschafter werden.

Um eine gute Kameradschaft von jung und alt zu erreichen, ist die Mitwirkung aller Kollegen notwendig. Die Jugend muß innerlich für den Bund gewonnen werden. Die älteren Kollegen haben hierbei zu helfen. Besucht darum auch ihr, ältere Kollegen, die Bauabende, die Jugendveranstaltungen, die Ausstellungen und wandert in eurer Freizeit mit dem Jugendkollegen! Ihr werdet dann auch den tieferen Sinn jugendlichen Schaffens und seine Bedeutung verstehen. Und damit fördert ihr dann die Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses für den Bund. Wenn alle bewußt mitkür zur Heranbildung des Jungvolks, dann werden die guten Fortschritte in der Jugend- und Bundesarbeit nicht ausbleiben!

Bernhard Dieß.

**Der Aufstieg des Internationalen Gewerkschaftsbundes.**

Nach dem Bericht in der Nr. 4 der Monatschrift des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist die Mitgliederzahl der dem IGB angeschlossenen Gewerkschaften im Verlaufe des Jahres 1928 um 372 044 Mitglieder gestiegen, und zwar von 13 144 225 auf 13 516 269. Das ist ein Zuwachs von 2,8 % gegenüber einem Zuwachs von 2,4 % im Jahre 1927.

Bei der Steigerung der Mitgliederzahl steht Deutschland an erster Stelle. Es hat seine Mitgliederzahl um fast 470 000 erhöht. Leider haben eine Anzahl Landeszentralen auch Verluste gemeldet. An erster Stelle steht in dieser Richtung Großbritannien mit 200 000. Der starke Verlust ist zu erklären mit der ungeheuren Arbeitslosigkeit und der gewerkschaftlichen Spaltung im Bergbau, was dem englischen Bergarbeiterverband einen Verlust von 125 000 Mitgliedern eingebracht hat. In Prozenten betrachtet hat Rumänien am stärksten zugenommen, und zwar um 54,8 %. Die Mitgliederzahl selbst erscheint nicht groß, aber es ist zu beachten, daß Rumänien ein reines Agrarland und nur sehr wenig Großindustrie dort vorhanden ist. Dagegen hat Südafrika den größten prozentualen Verlust erlitten. Die der Landeszentrale angeschlossenen Mitglieder sind von 60 660 auf 8212 zusammengeschmolzen. Die Gegensätze zwischen den schwarzen und den weißen Arbeitern in Südafrika sind so stark, daß auch für die nächste Zeit eine Besserung und Stabilisierung der südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung nicht zu erwarten ist.

Die Zahl der dem IGB angeschlossenen Landeszentralen betrug auch im Berichtsjahre 28. Neu beigetreten ist Griechenland, Litauen mußte auscheiden infolge des dort herrschenden Terrors. Von außereuropäischen Ländern sind nur Argentinien, Kanada, Palästina, Südafrika und Südwestafrika dem IGB. angeschlossen. Das ist noch vollkommen ungenügend. Es wird nötig sein, daß der Internationale Kongress zu Stockholm die nötigen Vorkehrungen trifft, um den außereuropäischen Ländern den Anschluß an den IGB. zweckmäßiger erscheinen zu lassen. Vor allem wird auch nötig sein, das Aufgabengebiet des IGB. nach der wirtschaftlichen Seite hin zu erweitern.

Die Auskünfte über die Finanzen der Organisationen sind unvollkommen. In der Statistik fehlen große Länder wie Frankreich, für Deutschland der AFA-Bund, Kanada, Spanien und Argentinien. Deshalb geben die Zahlen nur einen unvollkommenen Einblick in die finanzielle Stärke der Organisationen. Die 13 Länder, die über ihre Finanzen berichtet haben, haben insgesamt eingenommen 341 153 391,- Gulden oder rund 580 Millionen Mark. An erster Stelle steht unser IGB. mit 131 488 013,- Gulden, unmittelbar folgt Großbritannien mit 130 629 158,- Gulden. Veräußerung wurden insgesamt 295 588 147,- Gulden oder rund 500 Millionen Mark.

Die Ausgaben für Streiks und Aussperrungen waren bedeutend höher als im Jahre zuvor. Es wurden dafür rund 32 Millionen Gulden ausgegeben, gegenüber 10 Millionen Gulden im Jahre 1927. Von der internationalen Arbeitskrise zeugt die Tatsache, daß für Arbeitslosenunterstützung nahezu 82 Millionen Gulden ausgegeben wurden, gegenüber 22 Millionen im Jahre 1927. Zu dieser bedeutend vermehrten Ausgabe hat natürlich auch die Erhöhung der Unterstützungssätze beigetragen. Für Kranken-, Invaliden- und Sterbeunterstützung wurden annähernd 32 Millionen Gulden ausgegeben.

Schätzungsweise dürften die dem IGB. angeschlossenen Gewerkschaften im Jahre 1928 etwa 750 Millionen Mark eingenommen haben. Nach der finanziellen Kraft und auch nach der inneren Kraft bemessen stellt heute der IGB. ein Kraftzentrum dar, das in der Arbeiterbewegung ohne Beispiel ist. Die Gewerkschaftsbewegung ist heute eine Macht, an der auch das scharfmacherische Unternehmertum nicht mehr achtlos vorübergehen kann.

**Die „bürgerliche“ Zeitung.**

Die klassenbewußte Arbeiterschaft hat sich Einrichtungen geschaffen, die für sie von unermeßlichem Wert sind. Es sei an die Konsumgenossenschaften, an Gewerkschaftshäuser und an eine nicht minder wichtige Erziehungsinstitution: die Presse erinnert. Der Presse kommt heute große Bedeutung zu. Sie soll ihre Leser mit allem Wissenwerten bekanntmachen. Es fragt sich nun aber, wie die Zeitung diese Aufgaben erfüllt. Uns interessieren natürlich die Interessen der Arbeiterschaft. Hier heißt es für die Zeitung, Farbe zu bekennen! Wessen Interessen vertrittst du? Die der Besitzenden oder die der Arbeiter? Etwas Drittes, das man fälschlicherweise als „Neutralität“ bezeichnet, gibt es nicht! Die „Neutralität“ machen sich nur geschäftstüchtige Zeitungsunternehmer zunutze, um Arbeiterleser einzufangen. Bei sorgfältiger Betrachtung wird man jedoch die Erfahrung machen, daß die „Neutralität“ ganz anders aussieht. In solchen Zeitungen werden die Interessen der Unternehmer, nicht aber die der Arbeiter vertreten. — Die bürgerlichen Zeitungen sehen die heutige Gesellschaftsordnung als gerecht an und verherrlichen sie. Bei Lohnbewegungen der organisierten Arbeiterschaft vertritt die bürgerliche Presse immer den Standpunkt der Unternehmer. Aber trotzdem gibt es noch Arbeiter, die leider — obwohl sie selbst schon die Grausamkeit und Härte des Kapitalismus am eigenen Leibe erfahren haben — eine bürgerliche Zeitung lesen. Sucht man nach den Ursachen, so macht man da oft eigenartige Erfahrungen. Oft wird die bürgerliche Zeitung des Romans und der Frau wegen gehalten. Sie ergötzt sich an den Roman. Ist er denn wirklich so wertvoll? Nein. Im Gegenteil. Bei den

**Das Bauwerk**

ist das fachwissenschaftliche Organ des Deutschen Bauwerksbundes.

**Werbt eifrig Bezieher!**

„Romanen“ der bürgerlichen Zeitung steht meistens schon am Anfang fest, daß „sie“ sich entweder heiraten oder erschließen werden. Charakteristisch ist an diesen „Romanen“, daß das Leben nur von der schönen, angenehmen Seite gezeigt wird, während es für den Arbeiter in Wirklichkeit ganz anders ist. Rißch und Schund ist es, was den Lesern der bürgerlichen Zeitungen meistens geboten wird! Die Arbeiterschaft muß aber wirklich wertvolle Romane lesen, wie sie die Arbeiterzeitungen bringen. Haben wir einmal Verlangen nach Abenteuerromanen, so greifen wir zu Jack London!

Warum lesen noch allzu viele Arbeiter keine Arbeiterzeitung? Man erhält meist zur Antwort, daß in der Arbeiterzeitung fast ausschließlich über Politik gesprochen wird. Worin besteht nun diese Politik? Es wird den Arbeitern klargemacht, daß ihre Not nur dann gehoben wird und ihre Forderungen nur dann verwirklicht werden, wenn sie sich organisieren. Die Arbeiterzeitungen fächeln ihre Leser niemals über die wirtschaftliche Lage. — Ein wichtiger Grund des Nichtlesens ist noch der, daß der Inhalt einer Arbeiterzeitung für viele „zu hoch“ ist, das heißt, sie verstehen ihn nicht. Soll nun deswegen der Inhalt der Zeitung verschlechtert werden? Nein! Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur ihr eigenes Werk sein.“ Zur Erreichung dieses Zieles gehört aber Wissen und Bildung. Keine bürgerliche Zeitung kann die Arbeiter für diesen Kampf schulen. Unsere Aufgabe ist es, die Irrenden auf den richtigen Weg zu bringen. Jede von unserer Bewegung noch nicht erfasste Kraft hindert uns am geschlossenen Vorgehen, am siegreichen Vormarsch. Deshalb hinaus mit der bürgerlichen Presse aus den Arbeiterhaushalten. Lest die gewerkschaftliche und eine sozialdemokratische Zeitung!

Paul Fißcher-Boghaus, Greiz (Sax.).

**Lacht euch die Ferien nicht rauben!**

Im Baugewerbe sind bekanntlich die Lohn- und Arbeitsbedingungen vertraglich geregelt. Im § 10 des Reichsarbeitsvertrages wird genau umschrieben, unter welchen Voraussetzungen ein Bauarbeiter Ferien zu erhalten hat. Die Bauarbeiter wissen, daß diese Ferienregelung heute noch unzulänglich ist und bei einer neuen Gestaltung des RTV. verbessert werden muß. Trotzdem gibt es heute noch eine Reihe Unternehmer, die selbst bei der gegenwärtigen Regelung die Arbeiter um ihre erworbenen Ferienansprüche pressen möchten.

Sitzt da in Zwönitz i. Sa., oben im Erzgebirge, ein sonderbarer Kauz von Bauunternehmer, der seine Arbeiter, wenn sie die Ferien verlangen, mit folgendem Schreiben absperrt:

Mag Strunz G. m. b. H., Zwönitz i. Sa.  
Dampf- u. Hobelwerk-Riffenfabrik  
Baugeschäft und Architekturbüro.

A. G. Zwönitz, den 12. März 1930.

Herrn ..... Reichenbach (Vgl.)  
Mittelgasse 30.

Ihr Schreiben vom 9. März 1930.

Ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom 9. März 1930 und erwidere Ihnen, daß wir nach ge-

pflogenen Vereinbarungen in absehbarer Zeit Urlaubsgelder überhaupt nicht zahlen werden.

Der Arbeitgeberverband Aue ist hiervon auch in Kenntnis gesetzt worden und hat das Einsehen, daß die vorherrschenden Finanzschwierigkeiten eine Auszahlung der Urlaubs- bzw. Feriengelder unmöglich machen.

Sobald es uns möglich ist, die gesamte Auszahlung der Feriengelder vornehmen zu können, sollen auch Sie diese erhalten.

Bestens grüßend  
gez. Mag Strunz, Baumeister, Zwönitz (Sa.)

Niemand wird bestreiten können, daß der gute Mann recht vielseitig ist. Wer einer G. m. b. H., die eine Dampf- u. Hobelwerk-Riffenfabrik, ein Baugeschäft und Architekturbüro umfaßt, vorsteht, von dem müssen wir annehmen, daß er recht geschäftstüchtig ist. Und bei einem geschäftstüchtigen Mann ist ohne weiteres vorzuzusetzen, daß er bei all seinen Bauarbeiten auch die Ferienvergütung mit einkalkuliert. Wir können unmöglich annehmen, daß ein so vielseitiger Mann in dieser Frage anders handeln sollte als die übrigen Unternehmer. Und sollte er anders gehandelt haben, so wäre das seine Schuld. Dafür dürfen die Arbeiter nicht büßen. Uns scheint aber, daß man hier die Arbeiter für recht dumm hält. Man möchte sie mit Redensarten hinhalten. Merken sie dann später, daß sie um ihre Ferien betrogen sind, dann wird ein solch feiner Unternehmer bei einer etwaigen Klage vor dem Arbeitsgericht Klageabweisung beantragen. Und dabei wird er dann auf § 5 Ziffer 14 des RTV. hinweisen, der besagt, daß „Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis vier Monate nach Eintritt ihrer Fälligkeit (Zahltag) verjähren.“

Diesmal dürfte diesem Unternehmer der Geschäftstrick allerdings nicht glücken. Das Arbeitsgericht wird ihm zu seinem Bedauern bescheinigen, daß die Arbeiter ihre Feriengelder zu bekommen haben.

**Errichtet Ferienpartaken!**

Wir kommen seit einiger Zeit in den Genuß von Ferien, aber mancher Kollege, der nicht Ersparnisse machen kann, muß darauf verzichten, sie sinnentsprechend zu verleben und sie notgedrungen in seinen vier Wänden verbringen. Nicht jeder hat auf dem Lande Verwandte, die ihn mit offenen Armen aufnehmen; und wenn schon, viele Kollegen würden gern mal ein anderes Stück unseres schönen Deutschland kennenlernen. Warum sollen Ferienreisen nur ein Vorrecht der begüterten Klasse sein? Auch die Arbeiterschaft hat Sinn für die Schönheiten der Natur. — Wenn es sich bisher mancher versagen mußte, mit seinen Angehörigen eine Ferienreise zu unternehmen, so lag es meistens an der zu knappen Reiskasse. Dem könnte dadurch abgeholfen werden, daß unsere Organisation entweder allein oder mit anderen Organen zusammen eine Reise- oder Ferienkasse gründet. In diese Kasse könnte jeder freiwillig Beiträge je nach Höhe seiner Leistungsfähigkeit entrichten. Diese werden ihm dann auf Wunsch bei Antritt seiner Ferien mit Zinsen — wobei ein kleiner Verwaltungskostenbeitrag abgezogen werden mußte — ausgehändigt. Die Kasse erfüllt aber auch noch einen anderen Zweck; denn wenn ein Kollege aus irgendeinem Grund nicht in den Genuß der Ferien kommt, so hat er immer einen Notgroschen, auf den er jederzeit zurückgreifen kann. Wenn auch dieser Sommer mit seiner flauen Konjunktur wenig dazu geeignet ist, so sollte trotzdem die Gründung einer solchen Kasse versucht werden. — Was in England möglich ist, darf bei uns nicht unmöglich sein.

D. Hildebrandt, Reppen.

Nachwort der Schriftleitung. Die Aufgaben, die Kollege Hildebrandt einer solchen Ferienkasse zuweist — u. a. auch Auszahlung des Erspartens nicht zum Zweck einer Ferienreise — würde auch jede Sparkasse und auch die Arbeiterbank vollumfänglich erfüllen können. Eine Institution für solche Aufgaben braucht also nicht erst geschaffen zu werden. Aber auch Kassen, die ausschließlich ferienwirtschaftlichen Zwecken dienen, bestehen in Deutschland schon in größerer Zahl. Ueberdies ist bei fast allen Arbeiterferien- und Reisebüros die Möglichkeit gegeben, sich durch Ratenzahlungen eine Ferienreise zu sichern. Wir verweisen auf unsere Notiz in Nummer 20 des „Grundstein“ Seite 195, wo einige Anschläge mitgeteilt worden sind. — Ob und wann später einmal die Gewerkschaftsverbände selbst der Anregung des Kollegen Hildebrandt näherzutreten werden, hängt in erster Linie von dem Grad der Verwirklichung der Ferien für die Gesamtheit der Arbeiterschaft ab.

**Zur Arbeitslosenfrage.**

In Nr. 19 des „Grundstein“ kommt Kollege J. Henke auf die Anregung des Kollegen Hans König zurück, die zur Lösung der gegenwärtigen Arbeitslosenfrage im Baugewerbe ein Ausschreiben langfristiger Beschäftigter zugunsten Arbeitsloser fordert. Der Kollege macht dann noch einen weiteren Vorschlag zur Einführung von Wechselbüros. An der Solidarität der Kollegen zweifelnd, hält er aber die Verwirklichung solcher Ideen nur durch ein strenges Gesetz für möglich. Wie es aber mit der Schaffung derartiger gesetzlicher Bestimmungen und dann mit ihrer Befolgung und Auslegung bestellt ist, lehrt uns unsere vierzigjährige Forderung des Achtfundertages. Gewiß bedeuten vierzig bis fünfzig Jahre für die Entwicklung der Menschheit nur eine kurze Frist. Da aber die neuzeitliche Entwicklung, bedingt durch die Technik ein rasendes Tempo eingeschlagen hat und auch an der Bauweise nicht spurlos vorbeigegangen ist, müssen auch die Maßnahmen unserer Organisation von jetzt an diesem Tempo etwas mehr als bisher angepaßt werden. Der kommende Bundestag wird außer der Tarifpolitik auch solchen Fragen, wie sie die beiden Kollegen in Nr. 14 und 19 des „Grundstein“ angeschnitten haben, seine volle Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Aber es ist auch Pflicht der Bundesmitglieder, mit ihrer Kritik und ihren Verbesserungswünschen an die richtige Stelle zu gehen. Rätionieren auf den Arbeitsnachweifen nützt gar nichts. Beschließt der Bundestag Radikalmaßnahmen wie die vorgeschlagenen, die auch der Bundeskasse zugute kommen würden, dann hat unsere Organisation auch die Machtmittel, die bisher immer angewendet wurden zur Durchföhrung unserer Beschlüsse und die angewendet werden können, ohne den Staat verneinen oder mit dem Kopf durch die Wand rennen zu wollen. — Im Zusammenhang mit der Arbeitslosenfrage steht die Frage der Arbeitslosenunterstützung im Baugewerksbund. Der jetzige, veraltete Unterstützungsmodus, der von den Arbeitslosen sehr kritisiert wird, wäre abzubauen und an seiner Stelle eine von zeitgemäßem Geiste getragene Einrichtung zu schaffen. Zu empfehlen wäre vielleicht die Zahlung eines regelmäßigen Zuschusses zur staatlichen Unterstützung, der nur von geringer Höhe zu sein brauchte und den Kassenverhältnissen des Baugewerksbundes anzupassen wäre.

J. Strügies.





# Aus dem Fach für das Fach

## Verarbeitungsmethoden im Betonbau.

### Schleuderbeton.

Ganz besondere Aufmerksamkeit verdient der Schleuderbeton, der bei der Herstellung von Licht- und Leitungsmaffen verwendet wird. Die Armierung der Maffen besteht aus Stahlstangen, deren Zahl und Stärke sich nach den Anforderungen im Betriebe richten soll. Das Stahlgerippe wird im Grundriß kreisförmig angeordnet, über einem Kern in dem nötigen Abstand von einander mit den Längsstahlfängen verbunden. Außerdem wird das Stahlgerippe mit einer inneren und zwei äußeren Spiralmwicklungen gefaßt und an so zahlreichen Stellen mit dem eigentlichen Gerippe verschweißt, daß ein in sich standfester Körper entsteht, aus dem man nun den Kern herausnehmen kann. Das auf diese Weise hergestellte Stahlgerippe wird nun in eine Halbform von kreisförmigen oder viereckigem Querschnitt gelegt, die das Spiegelbild der Form sein soll, die die eine Masshälfte erhalten soll. Diese Halbform wird dann mit soviel Beton gefüllt, als der ganze Mast braucht. Ueber diese gefüllte Halbform wird die andere Hälfte gelegt und mit Schrauben gut verbunden. Die Vollform, an beiden Enden mit Deckelverschlüssen versehen, wird nun mit einem Vielfach-Aufhänge-Kran von ihren Lagern abgehoben und in die Schleudermaschine gebracht, in der der Mast seine Form und Festigkeit erhält. Die Schleudermaschine, die im In- und Ausland patentiert ist, besteht aus mehreren in 2 m Abstand von einander aufgestellten, zwangsläufig miteinander verbundenen Aggregaten, in denen der Mast längere Zeit in schneller Umdrehung um seine Achse (400 Umdrehungen je Minute) gebracht wird. Bei dieser schnellen Drehbewegung wird der weiche Beton an die Innenwand der Form geschleudert, und bildet sich je nach der in die Halbform gegebenen Betonmenge in eine gewisse Wandstärke aus, während im Innern ein gleichförmiger Hohlraum entsteht. Es wird zu diesen Maffen, die in einer Länge bis 24 m hergestellt werden, nur hochwertiger Zement verwendet. Nach 24 Stunden kann die Form entfernt werden, um die steinmäßige Bearbeitung mit Scharriereisen und Knüppel oder Stockhammer vorzunehmen. Das Hauptverwendungsgebiet für diese Maffen liegt bei den städtischen Straßenbeleuchtungen. Da keinerlei Unterhaltungskosten entstehen, wird der gußeiserne Mast durch den Betonmast auf dem Markt verdrängt. Ein weiteres Verwendungsgebiet für die Schleuderbetonmaffen ist dank ihrer großen technischen und wirtschaftlichen Vorzüge die Verwendung als Tragmast für Hochspannungsleitungen und als Spannmast für die Oberleitung von Straßenbahnen. Eine große Zukunft dürfte die Schleuderbetonmaffen noch als Rumpfpfähle für die Gründung von Bauwerken unter Wasser haben. Hier hat sich der Eisenbeton als Ersatz für das vergangene Holz schon sehr stark durchgesetzt. Durch die angeführten technischen und wirtschaftlichen Vorzüge haben sich die Schleuderbetonerzeugnisse ein ausgedehntes Verwendungsgebiet erobert.

### Das pneumatische Betonierungsverfahren.

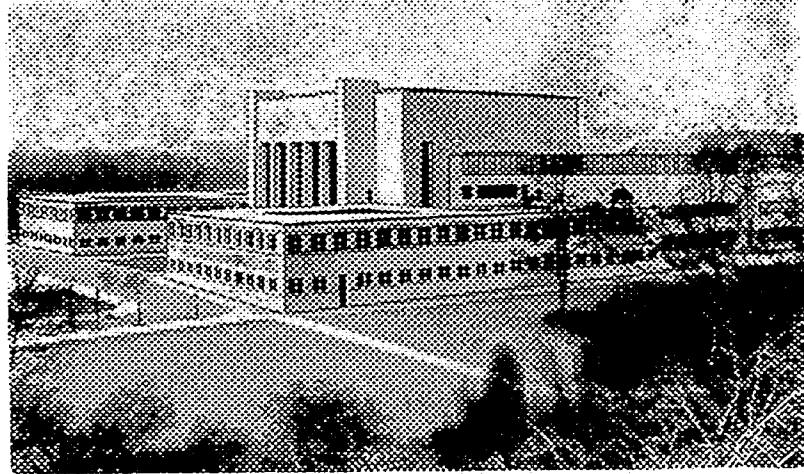
Dies Verfahren ist nichts anderes, als das Betongemenge mittels Druckluft (Kompressor) an die Verwendungsstelle zu befördern. — Bei der aus zwei Kammern bestehenden Zementkanone — auch Zektor genannt — dient die eine als Arbeitskammer, die andere als Materialschleuse dazu, das Betongemisch in den Drehluftstrom einzuschleusen. Die Kammern können durch Blockventil geschlossen werden. Das Einschleusen der naturfeuchten Mischung geschieht durch abwechselndes Öffnen und Schließen der beiden Kammern, wobei die obere Kammer (Materialschleuse) das Material aufnimmt, während die untere Kammer (Arbeitskammer) mit Hilfe eines am Kammerboden befindlichen Tauchrades das Mischgut einem Abflusstrichter zuführt. Von hier aus wird das Material in eine Schlauchleitung (oft 150 bis 200 m lang) geblasen, die in eine Düse mündet. Ein besonderer Vorzug des pneumatischen Betonbeförderungsverfahrens liegt darin, daß man vor Austritt des Mischgutes aus der Düse durch eine besondere Schlauchleitung nach Belieben mehr oder weniger Wasser zusetzen und den Beton entweder als Stampf- oder Fußbeton verarbeiten kann. Der Beton wird mit einer Geschwindigkeit von 70 bis 100 m in der Sekunde bewegt, sie wird jedoch durch die sogenannte Pralldüse vermindert, daß der fertige Beton in langsamen Strom austritt. Der zum Transport erforderliche Druck beträgt im allgemeinen etwa 2 at. Unter 1 at versteht man den Druck, den die Luft ständig auf die Erdoberfläche ausübt und der ungefähr 1 kg/cm<sup>2</sup> beträgt. Zur Beförderung von 1 m<sup>3</sup> Mischung müssen je nach dem Material und Entfernung 150 bis 200 m<sup>3</sup> Luft angesaugt und verdichtet werden. Bei dem Lorkretverfahren wird die Düse von einem Mann geführt, der sie etwa 80 cm von der Auftragsfläche entfernt hält, damit der Strahl möglichst senkrecht auftrifft. In die zunächst hängenbleibende Feinsandfraktion setzen sich nach und nach die gröberen Korngrößen fest, wodurch die ausgezeichnete Haftfähigkeit des Materials ihre Erklärung findet. Für Dichtungszwecke werden mehrere 1 cm starke Schichten aufgebracht, wodurch eine gute Abdichtung entsteht. Das Anwendungsgebiet des Lorkret oder Spritzbeton ist sehr vielseitig; in erster Linie wird es für Verputzwerke, zur Ausbesserung oder Verstärkung bestehender Bauwerke verwendet. Eine der bekanntesten Arbeiten dieser Art waren die Unterfangungsarbeiten der Fundamente am Dom in Mainz unter der Leitung des Prof. G. Käth, Wiesbaden-Biebrich. Eine weitere interessante Baustelle war der Umbau der Berliner Staatsoper. Die Bauarbeiten gestalteten sich deshalb besonders schwierig, weil alte Bauteile erhalten bleiben sollten, zu welchem Zweck umfangreiche Abstützungsarbeiten

notwendig waren. Die neue versenkbare Bühne mußte bis 16 m unter die Erdoberfläche gegründet werden und machte sehr große Wasserhaltungen notwendig. Durch diese Umstände wäre es kaum möglich gewesen, den Betontransport mit Ripporen auszuführen. Auch war die Verwendung eines Gießturmes nicht möglich, da die vielen Abstufungen ein Drehen der Gießrinne verhinderten. Es wurden dort etwa 10 000 m<sup>3</sup> Betonfundamente mit der pneumatischen Förderanlage eingebracht. Die dabei benutzte Maschine leistete stündlich 10 m<sup>3</sup> lose Masse bei einer Höchstentfernung von 200 m. Das neue Fundament ist als Schwergewichtsplatte ausgebildet und so bemessen, daß es den rund 10 m hohen Wasserdruck des Grundwassers aufnehmen kann. R. Götter.

### Der Neubau des Hygiene-Museums in Dresden.

Inmitten der schönen Elbestadt, umgeben von einem herrlichen alten Park erhebt sich der Neubau des Deutschen Hygiene-Museums. Die Stelle, an der der Bau errichtet wurde, ist — städtebaulich gesehen — ausgezeichnet gewählt; bildet der Bau doch einen wundervollen Abschluß der Hauptallee des schönsten Parks, den Dresden besitzt, des Hauptgartens, um den die Stadt von zahllosen anderen Großstädten mit Recht beneidet wird.

Mit dem Neubau des Deutschen Hygiene-Museums wurde am 8. Oktober 1927 bei einer feierlichen Grundsteinlegung begonnen. Trotz mannigfaltiger Schwierigkeiten — vor allem finanzieller Natur — konnte das Werk zu Ende geführt werden dank der Unterstützung des Reiches,



Der Neubau des Deutschen Hygiene-Museums in Dresden, das nunmehr eröffnet wird. Das Deutsche Hygiene-Museum ist der geistige Träger der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1930. Entwurf: Prof. Dr. Kreis.

Sachsens und der Stadt Dresden. Nachdem am 8. Oktober 1928 das Richtfest begangen werden konnte, soll nun Mitte Mai die feierliche Eröffnung vorgenommen werden. Die Anlage des Museums umfaßt 9000 Quadratmeter bebauete Fläche mit einer Nutzfläche von etwa 22 000 Quadratmeter und 120 000 Kubikmeter umbautem Raum. Fast 80 Firmen und 4 Arbeitsgemeinschaften waren mit einer Belegschaft von 400 bis 500 Arbeitern am Rohbau beteiligt. Trotz des schweren Winters 1928/29 hat der Bau gut ausgefallen. Seit April 1929 wird an dem inneren Ausbau und an der Inneneinrichtung gearbeitet. Beim Bau wurden einige technische Neuerungen erstmalig angewendet. So wurden beispielsweise die Hauptinstallationsleitungen in einem überall zugänglichen Kanalsystem unterhalb des Gebäudes angelegt. Neu ist die beiderseitige Belichtung des Obergeschosses der Museumsräume durch große Glasflächen mit Ventilationseinrichtung. Interessant ist auch die vom städtischen Fernheizwerk gespeiste Heizanlage. — Die Konstruktion der tragenden Wände ist Eisenbetonfachwerk verbunden mit Ausmauerung in Ziegel und Kalksandsteinziegel. Eine allgemeine Entlüftungsanlage sorgt für Luftab- und -zug. Klar und übersichtlich ist das Äußere der Bauanlage. Es zeigt große, einfache Linienführung, sachliche Betonung der einzelnen Bauteile, die den Zweck nach außen erkennen lassen, sorgfältige Detaildurchbildung in Form und Farbe.

Das neue Deutsche Hygiene-Museum ist ein Werk zeitgemäßer Baukunst; eine große Leistung des Architekten Prof. Dr. Wilhelm Kreis und seiner zahlreichen Helfer, nicht zuletzt der Poliere und Bauhandwerker und -Hilfsarbeiter.

### Fritz Höger.

Am 27. Mai wurde im Schinkelhof des Architektenhauses zu Berlin im Rahmen der Bauwelt-Ausstellung die Fritz Höger-Ausstellung eröffnet. Neben Bildern, Plänen und Modellen wird an Wandtafeln die Wirkung der Röntgenfarben gezeigt.

Fritz Höger ist der eine Flügelmann einer Front von Architekten, die nach der anderen Seite immer literarischer, ästhetischer, theoretischer und „psychischer“ wird. Höger aber ist Handwerker, er kann es sich leisten, über manches zu lachen, was andere allenfalls vorsichtig die Faust in der Tasche ballen läßt. Rücksichtsloses Erkennen des praktischen Notwendigen in technischen, wirtschaftlichen, organisatorischen Fragen gab Höger seine Stellung in Hamburg, ungefähr in der Zeit, als Fritz Schumacher — in vielem Högers Widerspiel — da einzog. Aber die beiden Männer fanden sich bald und Höger setzte mit nicht nur goldenen Rücksichtslosigkeiten vieles durch, um das sich andere vergebens bemühten. Damals — bald nach 1900 — traf der Kampf gegen eine entartete Backsteinkunst jeden Rohbau. Das „echte Material“ war noch ausschlagvolles Schlagwort. Ein Minister, der für die Verwendung von Stück im Reichstag gesprochen hatte, wurde als Gipsmistler von Maximilian Harden verhöhnt, und wir waren auf dem Wege, den Ziegel als sichtbaren Baustoff zu vergessen. Da

frat Höger mit einem neuen Ton in der Formgebung des Backsteinbaues hervor. Er selbst bezeichnet diese ersten Bauten heute als in der Form unsicher. Aber bald wurde er von der Erbschaft der Früheren freier. Hatte er den Formzettel zunächst stark zurückgedrängt, so mied er ihn bald ganz und fand im Klinker künstlerische Reize, die man sonst verkannt hatte.

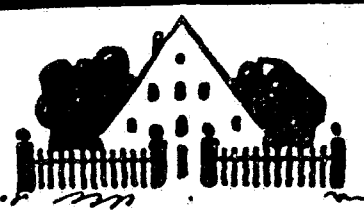
Wie auch sonst oft, wurden die richtigen Gedanken Högers bald von Nachahmern übersteigert, es begann die Nachfrage nach „Zufälligkeiten“, die die Industrie bald mit allen gemünzten „Zufälligkeiten“ lieferte, bis zu aufgeklebten und angebrannten Schlacken. Auch konnten die Steine nicht bunt genug werden. An alledem ist Höger nicht schuld. Er beherrscht das Mauerhandwerk völlig und ist weder auf Materialspielereien, noch auf die Scherze der Zufälligkeiten angewiesen. Ob ihn die Technik nicht gelegentlich zu Spielereien mit der Handhabung der Werkstoffe verführt, ist eine Frage, die entschieden werden mag, wenn man den Dingen ferner steht. Högers Bauten sind durchweg in recht dunklen Werkstoffen ausgeführt, manchem zu trübe. Sie werden in Hamburg, wo weiß gepuhte Häuser in kurzen Abständen neu gestrichen werden müssen, (oder schwarz werden) den klimatischen Anforderungen entsprechen. Ob ebenförmige Bauten durchweg Gefallen finden, ist zweifelhaft. Aber auch Höger kennt wohl die Reize noch anderer Baustoffe als der dunklen Klinker und es muß doch beachtet werden, daß auch führende Architekten Süddeutschlands sich die von ihm mit Vorliebe verwandten Klinker viele Hunderte Kilometer haben kommen lassen, selbst in ziemlich reine Puffstädte.

Höger bringt seine Bauten und die Kunst des Ziegelbaues gern mit geistigen Bestrebungen in Zusammenhang, schwärmt wohl von orientalischen Ziegelbauten. Diese inneren Verbindungen gehen den Beschauer nichts an. Aber wenn eine künstlerische Aeußerung von innen heraus bestimmt ist, so muß man sich an dem Empfinden genug sein lassen und braucht nicht auf die ästhetischen Einzelheiten einzugehen. Nicht wie der Baukünstler eine Wirkung hervorbringt, ist Sache des Beschauers der Werke, sondern wie diese auf ihn wirken. Und da spricht der Erfolg für Höger. Man fühlt in ihm den Meister.

### Gebraucht deutschen Straßenteer!

Unter diesem Titel versendet die Wirtschaftliche Vereinigung deutscher Gaswerke, Gaskokkssyndikat A.-G., Frankfurt a. M., Postfach 145, eine Druckschrift, worin auf die schwierige Lage der Rohteer erzeugenden deutschen Gaswerke und Kokereien hingewiesen und aufgefordert wird, deutschen Straßenteer zu verwenden, da die heimische Teererzeugung mindestens gleichwertige Ware und sogar billiger liefern kann, als dies dem Ausland möglich ist. „England verdankt seinen großen Vorsprung im Straßenbau insbesondere den technischen Fortschritten auf dem Gebiete des Teerstraßenbaues. Auch Amerika hat trotz seiner Erzeugung von Bitumen im eigenen Lande im Straßenbau nicht viel weniger große Mengen Teer verbraucht als England. In Frankreich werden neben den großen Teermengen aus eigener Erzeugung zufällige Mengen von Deutschland gekauft, die im Jahre 1929 größer waren als die Mengen, die Deutschland selbst im Straßenbau verwandt hat. Alles dies läßt darauf schließen, daß auch bei uns in den nächsten Jahren dem Teerstraßenbau die höchste Aufmerksamkeit geschenkt werden muß, um den Vorsprung der anderen Länder einzuholen. Voraussetzung hierfür ist, daß die deutschen Behörden diesen Dingen im Interesse der deutschen Volkswirtschaft die notwendige Aufmerksamkeit schenken. Es kann auf Grund langjähriger Erfahrungen mit Straßenteer und seiner umfangreichen Verwendung unter den verschiedensten Verhältnissen gesagt werden, daß dieser sich hervorragend bewährt hat. Wenn hier und da heute noch Fehlschlüsse vorkommen, so kann doch stets der Nachweis erbracht werden, daß die Gründe für das Mischlingen in Ausführungsfehlern zu suchen sind. — Die Teerindustrie legt Wert darauf, mit nur wenigen genormten Sorten auf den Markt zu kommen. Diese sind Straßenteer I und II sowie Anthrazenteer. Der Straßenteer I und der Anthrazenteer mit 60% Pech- und 40% Delgehalt werden gleich erfolgreich bei der Oberflächenteerung verwandt, während Straßenteer II bei der Bindung des Traggerüstes gebraucht wird. Darüber hinaus ist die Teerindustrie heute in der Lage, Teeremulsionen zu liefern, die es dem Straßenbauer ermöglichen sollen, auch bei feuchtem und kaltem Wetter ohne Gefährdung des Erfolges Straßen zu bauen und vor allem auszubessern. Die genormten Straßenteere liefern erwiebsenermaßen gute widerstandsfähige Straßen der verschiedensten Bauarten. Die Straßen werden staubfrei und griffig und sind somit für den Automobilverkehr besonders vorteilhaft. Der Verkehr unserer Zeit erfordert Straßendecken, die höchste Sicherheit gewähren und deren Anlage wirtschaftlich ist. Beiden Forderungen entspricht die Teerstraße. Dabei ist sie billiger als die meisten Straßendecken, die mit Auslandsbaustoffen hergestellt werden.“ — An diese Ausführungen schließen sich Gutachten aus Unternehmer- und Arbeiter- sowie auch aus amtlichen Kreisen an, die die gute Qualität des deutschen Straßenteers hervorheben.

Rail-Zahlenbuch 1930. Railverlag, Berlin W 62, Rielganstraße 2. Preis 1,25 M., Porto 15 Pf. — Das Rail-Zahlenbuch enthält u. a. zwei landwirtschaftliche Aufsätze über „Ralkstein als Futtermittel“ sowie „Schädlingsbekämpfung mit Rail“. Der Bautechnik sind vier kurze Aufsätze gewidmet: „Schlackensteine“, „Ästhetische Schwammsteine“, „Ralkfaden-Bruchstein“ und „Scaffiten“. Aus dem Railwerksbetrieb berichtet ein Aufsatz über die Wahl des Brennstoffes beim Ralkbrennen. Der Tafelteil enthält allgemeine Uebersichtstabellen über Ralkzeugnisse, ferner Spezialtafeln für das Bauwesen und solche für die Landwirtschaft.



# Unterhaltung und Wissen



## Siegreich woll'n wir ...

Von Laefß.

Dies hier ist eine wahre Geschichte. Ich habe sie in Hamburg selbst erlebt. Und die Geschichte ist noch nicht aus. Doch den Schlupfunkt muß ein anderer setzen.

Da sitze ich an einem schönen Sonntagvormittag auf meinem Balkon an der Göttenstraße, feilich vom Isebekkanal. Den Kanal durchfurchen schlanke Kanus mit fröhlichen Menschen. Drüben auf dem Spielplatz befinden sich Fußballspieler im emsigen Wettspiel. Und mir gegenüber tönen aus einem schlichten Kirchlein fromme Orgeltöne und die dünnen Stimmen gottesfürchtiger Beter ...

Von der Göttenstraße her überquert hastig eine Frau in älteren Jahren die Bismarckstraße. Sie durchschneidet den Gang an dem Kirchengarten und überschreitet die Fußgängerbrücke des Kanals. Sie achtet nicht auf den Orgelklang, nicht auf das buntfarbige Gewimmel im Wasser und auf dem Spielplatz. Aufmerksam tasten ihre Blicke rechts und links am Kanalufer entlang, dann beschaffet sie ihr Gesicht mit der Hand, die sie späht die breite häuserlose Hauptstraße hinunter, die im Vormittagssonnenglanz liegt. Sie scheint das, was sie sucht, nicht zu erblicken. Hastigen Schrittes kehrt sie wieder zurück.

Es ist eine ärmlich gekleidete Frau. Ihr Gang schlottert vornübergebeugt. In der Bismarckstraße kreuzt jeben quieschend und klingelnd ein Straßenbahnwagen die Göttenstraße. Aufmerksam starrt die Frau durch die Scheiben des Wagens, ihr Blick mustert prüfend auch die auf dem Perron Stehenden, dann überquert sie die Straße und verschwindet bald hinter den Bäumen, die den Fußsteig der Göttenstraße umsäumen.

Mein Blick wendet sich wieder dem Gewimmel in meiner Umgebung zu. Lustig durchfurchen die Kanus die Flut. Die Kirche ist aus, Einige Männlein und Weiblein verlassen gemessenen Schrittes das Gotteshaus. Drüben auf dem Sportplatz ertönt großes Hallo der zahlreichen Zuschauer. Soeben wurde ein Tor geschossen.

Doch was ist das? Auf der Brücke taucht schon wieder jene Frau auf. Wieder überschreitet sie die Brücke, wieder spähen ihre Blicke nach allen Richtungen. Und wieder kehrt sie anscheinend enttäuscht zurück, wieder verschwindet sie hinter den Bäumen.

Einige Tage darauf komme ich spät in der Nacht aus einer Versammlung. Die Bismarckstraße ist fast menschenleer. Hell scheint der Vollmond herab und mindert das Licht der Straßenlaternen in erfolgreichem Wettbewerb.

An der Ecke der Göttenstraße tritt mir eine Frau entgegen. Ich erkenne in ihr jene Tagwandlerin vom Sonntag. Sie mustert mich mit unruhig flackerndem Blick aus halbgeschlossenen Augen. Ihr Gesicht ist graublau und zerfurcht. Es wird umflattert von wirren, grauen, ungepflegten Haarfäden. Die Kleidung ist unsauber und unordentlich.

Wahrschaffig, sie spricht mich an, und zwar mit heiserer, halblauter Stimme:

„Wissen Sie nicht, ob heute noch Bahnhof Sternschanze ein Fernzug einläuft?“

„Nein, das glaube ich nicht. Dazu dürfte es zu spät sein.“

„Danke“

Vornübergebeugt schlüft die Frau mit schweren Schritten über die Straße und verschwindet im Schatten der Bäume.

Und am nächsten Tage sehe ich in später Nachmittagsstunde schon wieder jene Frau ihren hastigen Weg nehmen über die Holzbrücke. Wieder dieses resultatlose Spähen nach rechts und links, wieder enttäuschte Schritte zurück, wieder dieses aufmerksame Abtasten eines Straßenbahnwagens mit den Augen.

Ein Barbier weiß alles, was in Bereiche seines Wirkungs- und Kundenkreises vor sich geht. Manches weiß er allerdings nur halbbrichtig. In diesem Falle aber wußte er genau Bescheid, als ich ihm, in hellem Seifenschaume glänzend, meine Beobachtungen an jener Frau mitteilte.

„Ach, das ist ja die Frau von schrägüber. Die erwartet ihren Sohn aus dem Weltkrieg.“

Und nun erzählte er mir das Drama dieses Einzelschicksals. Der Sohn sei aus dem Felde als vermißt gemeldet worden. Irgendwo verschüttet und längst verkauft. Eine solche traurige Erkenntnis gilt für diese Frau nicht. Sie erwartet ihren Sohn. Und mit den Jahren haben sich alle ihre Gedanken, alle ihre Sinne nur auf diesen einzigen Punkt konzentriert.

Die Mutter erwartet ihren Sohn. Er muß eines Tages wiederkommen. Sie schreitet alle Straßen und Wege der Umgegend ab, um ihn endlich in ihre Arme schließen zu können. Jeder Straßenbahnwagen, jedes Auto wird mit forschenden Blicken abgetastet. Einmal muß er kommen. Sie steigt in die Straßenbahn, fährt zum Bahnhof und fragt

## Passive Resistenz.

Zühlmorgens keuchte der Alte auf den Bau

Und verkrachte sich mit dem Delegierten:

„Also Richter! Ausgeschlossen! Merken Sie sich genau,

Es gibt keine Ferien! Was Sie da anführten

vom Tarif, is mir schnuppe! — Moorjen!“

Dann ist er den Bahndamm wieder hinabgekrochen.

Mittags war Versammlung in der Baubude.

Sehr kurz. Wir haben nicht viel gesprochen.

Dem Schachtmester ward es seltsam zumute.

„Heute mittag arbeiten wir passiv.“

Das war wie eine Zeitlupeaufnahme im Kintopp.

Die Ripploren krochen auf dem Gleis wie die Schnecken.

Ram einer aus dem Takt, gleich riefen wir: „Stopp!“

Langsam Kollege, wir wollen die Arbeit freiden!“

Der Schachtmester raste ans Telefon.

Bald darauf hörten wir das Auto tuten.

Der Kalkaktor rief: „Paßt auf, jetzt trifft ihn der Schlag!“

Die Betonmaschine lief leer. Sechs Mann luden

einen einzigen Sack Zement auf, der im Schuppen lag.

Der arme Herr Chef war rot wie ein Krebs ...

„Geda, was müssen Sie denn immer zusammenziehen?“

Die Kollegen stützten die Schaufel und hörten plötzlich schwer.

Hinter dem Holzstapel maßen welche eine „Fünfschein“.

„Delegierter! Morgen arbeitet hier kein Mann mehr!“

„Sagte, lieber Herr. Wer bezahlt dann Ihre Konventionalsrate?“

Mit „Gottverdammich!“ sprang er in den Wagen.

Zurück zur Stadt. Sitzung. Kaff. Schon war er wieder hier.

„Die Ferien sind gewährt, läßt die Firma sagen.“

„Na, warum nicht gleich? Feiertabend heute! Warum pfeift kein Polier?“

„Mit den Klamotten in den Werkzeugkasten, Morgen arbeiten wir aktiv.“

Arthur Scher, Chemnitz.

dort, wann der nächste Zug aus Köln eintrifft. Sie löst eine Bahnsteigkarte und lacht nach dem Eintreffen des Zuges mit feierhaften Blicken ihren Sohn. Sie kehrt ununterrichteter Sache zurück. Sie sucht nochmals alle Straßen in der Umgegend ihrer Behausung ab. Sie steigt die Treppen hinauf in ihre Wohnung. Vielleicht ist er bereits da. Er ist nicht da und nach einer halben Stunde zwingt sie mit unwiderstehlicher Gewalt wieder auf die Straße. Wieder das zwecklose Suchen auf und ab. Mitten in der Nacht springt sie aus dem Bett und kleidet sich oberflächlich an. Wieder treibt es sie auf die Straße. Sie sucht, sie sucht. Die Pflege ihres Körpers, Nahrung und Kleidung sind Nebenache geworden. Sie sucht, sie sucht bei Tag und bei Nacht, einmal muß er ja kommen.

Und dieses Martyrium schon über ein Jahrzehnt. Der Geist dieser Frau ist in Nacht getaucht. Ihr Mann läßt sie gewähren. Was soll er auch tun? Die Wirtschaft verkommt. Und nur ein Lichtstrahl durchbricht das Dunkel dieser Frau. Einmal muß er kommen. Das erhält sie, das zwingt sie mit magischer Gewalt immer wieder auf die Straße, auf die Bahnhöfe, in die Straßenbahnwagen ...

Der Körper verfällt dabei. Wie lange wird diese Frau ihr lautes Martyrium forsetzen, bis der Körper den Dienst versagt? Und wird es sie dann nicht trotz aller Schwäche wieder auf die Straße treiben zu nutzlosem Suchen? Sie wird suchen, bis sie zusammenbricht und der Tod sie erlöst ...

Euch aber, euch urteufonischen Mannen vom Stahlhelm und Hakenkreuz, die ihr in eurer jungenhaften Unerfahrenheit, verführt durch verbrecherische Demagogie, begeistert brüllt: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen“ — euch sollte man dieses unglückliche Weib auf den Tisch des Hauses niederlegen, wenn man euch bei alkoholbegeistertem Bankett schmetternde Kriegsbreden hält, und dann sollte man euch das Drama dieser verfallenden, stillen, ewig juchenden Duldlerin in all seiner Grausamkeit schildern. Und man sollte euch sagen: „das ist eine von tausenden“. Aber viele Tausende fragen ihr Los nicht so schicksalsgeduldig wie diese Unglückliche. Sie fluchen dem Kriege.

Vielleicht würde mancher von euch Einkehr halten. Denn es ist nicht anzunehmen, daß bei euch jede Vernunft und alles menschliche Mitempfinden zu den Wölfen geflohen ist. Ihr würdet vielleicht doch das Hakenkreuz auf den Kehricht werfen und einen Haken am frisch-fröhlichen Krieg finden, den euch die Stapphengste aus jener „glorreichen“ Zeit so begeistert schildern. Ihr würdet vielleicht doch etwas nachdenken, wenn euch solchergestalt der Menschheit ganzer Jammer in die Brust krallte, denn völlige Gefühlslosigkeit gegenüber der Grausamkeit des Krieges und dem Jammer anderer Menschen haben nur rohe Abenteuer und brutale Landsknechtsnaturen.

## „Jenseits der Arbeit!“

Die christliche Kirche lehrt uns, es gebe ein besseres Jenseits, wo der auf Erden geplagte Mensch nach seinem Tode belohnt wird. Der Glaube soll niemandem geraubt werden. Jedem in Glaubensdingen das Seine! Aber wir Arbeiter können die Meinung bürgerlicher Ideologen nicht teilen, wenn sie erklären, das Leben sei erst dann wertvoll gewesen, wenn es Mühe und Arbeit war. Wir erkennen gern an, daß die Arbeit aller Menschen Pflicht ist. Wir wissen, daß dem Menschen die Daseinsmöglichkeit erst durch Arbeit gegeben ist. Aber es ist nötig, die Frage aufzuwerfen: Leben wir, um zu arbeiten, oder arbeiten wir, um zu leben? Wenn die Menschen nur der Arbeit wegen auf Erden wären, so ständen sie unter dem Tier; denn das Tier findet sein bißchen Futter in der Wildnis leichter als der Mensch, Kleidung hat ihm die Natur gegeben und seine Höhle baut es sich selbst. Das Leben des wilden Tieres liegt deshalb zum größten Teil „jenseits der Arbeit.“

Auch die Menschen sollen nur arbeiten, um zu leben. Daneben aber gibt es auch für die Menschen ein „Jenseits der Arbeit“. Und dieses „Jenseits der Arbeit“ soll uns veranlassen, alles Schöne, das die Erde bietet, mit Herz, Hirn und Augen zu erfassen. Dieses „Jenseits der Arbeit“ findet in unserer modernen Arbeiterbewegung seinen bereiten Ausdruck. Die Dreiteilung des Tages hat schon alte Denker beschäftigt. 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Erholung, 8 Stunden Schlaf! Das war schon vor Jahrhunderten das Idealbestreben der Menschenfreunde. Und in den 8 Stunden Erholung liegt unser „Jenseits der Arbeit“. Wir sind verpflichtet, diese Zeit für unser Kulturleben auszunützen. Jede Ueberarbeit schmälert die Zeit der Erholung. Nehmen wir uns an unserer Jugend ein Vorbild, die da hinauszieht in die freie Natur, um die Lungen zu weiten und das Auge zu erfreuen am Anblick der schönen Welt!

Welche wunderbare Erholung ist es, sich zu vertiefen in die Werke unserer Geistesheroen! Es ist auch ein Stück „Jenseits der Arbeit“, wenn wir ein schönes Buch lesen. Und wie erhehend wirkt ein Meinungs- und Gedankenaustausch in der Familie oder mit guten Freunden! Wie schön ist es, fortzuschreiten in der Erkenntnis der sozialistischen Weltanschauung! Welches Licht bringt es dem Hirn, wenn man die Mächte erkennt, die uns heute noch gefangen halten, und wenn wir die Wege erkennen, die dazu führen, diese Fesseln abzustreifen!

Wir erkennen den Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaft. Die Rationalisierung bringt in den Arbeitsprozeß ein Tempo, das alle schönen Ansätze zum kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse zu ersticken droht. Und auf der anderen Seite sehen wir das Millionenheer der Arbeitslosen. Seine wirtschaftliche Notlage macht manchen nutzlos. Er verliert die Kraft, sich das „Jenseits der Arbeit“ zu gestalten.

Daraus aber ergibt sich der Schluß, daß eine solche Wirtschaftsmethode auf die Dauer unmöglich ist. Aus dieser Erkenntnis erwächst für uns die Pflicht, danach zu streben, daß dieser wahnsinnige Wirtschaftszustand so schnell wie möglich verschwindet. Dazu ist nötig, auch den letzten Arbeiter der Gewerkschaft zuzuführen! Mit Hilfe dieser konzentrierten Macht wird es möglich sein, wahres Menschenum und echtes Menschenglück für alle aufzurichten. Wer in diesem Sinne arbeitet, ist Wegbereiter der kommenden Generation. Wir anerkennen die Pflicht zur Arbeit. Wir nehmen jedoch auch für uns das Recht zur Arbeit in Anspruch. Aber darüber hinaus errichten wir den Monumentalbau vom „Jenseits der Arbeit“, das das werktätige Volk führt zu geistiger und kultureller Höhe zur Ehre des menschlichen Geschlechts!

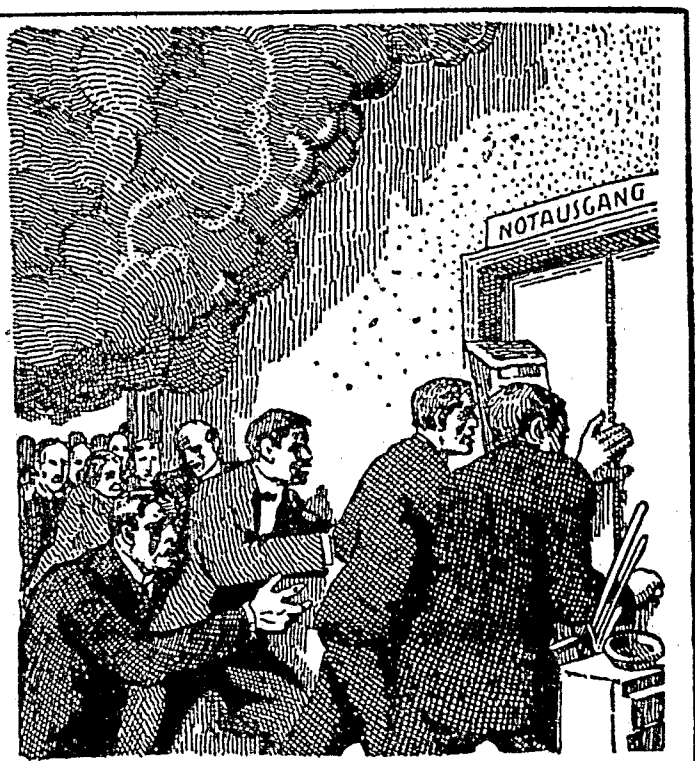
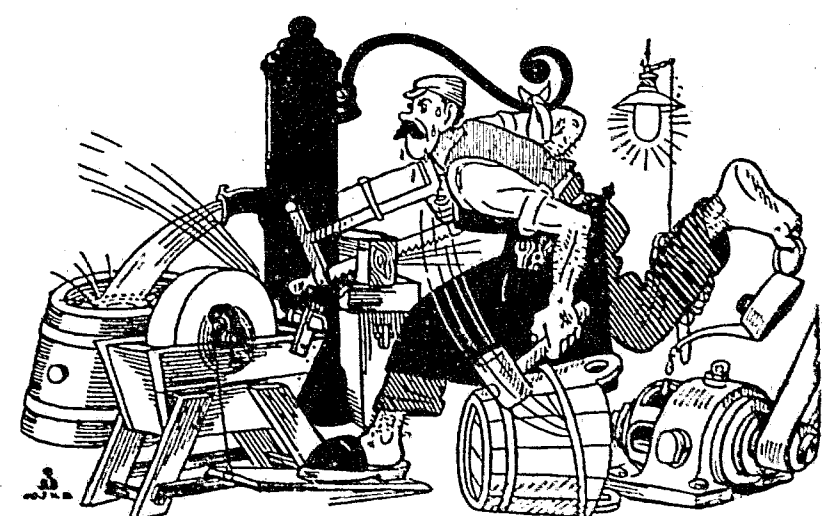
Kurt Wertel, Berlin.

Der kleine Paul. In der Breslauer Stadtverordnetenversammlung vom 9. Januar 1930 wurde die Frage der Stilllegung des Lokomotivbaues der Linke-Hofmann-Werke behandelt. Vertreter sämtlicher Parteien nahmen zu der Sache das Wort. Der Vertreter der kommunistischen Partei, Stadtverordneter Paul Uebel, erklärte in seiner Rede folgendes:

„Meine Herren und Damen! Sie haben hier große Reden gehalten und erwarten von den kapitalistischen Kreisen Hilfe. Die denken gar nicht daran! Schuld an den Zuständen ist das heutige kapitalistische System! Das muß vernichtet werden! Ja, lachen Sie nur, der 9. November 1918 war ja keine Revolution, war nur eine halbe, treiben Sie es nur so weiter, dann wird sich der 9. November wiederholen! Da werden dann allerdings wieder die Herren Kommerzienräte in die Mauslöcher kriechen, aber die Arbeiter werden sie an den Schwänzen herausziehen.“

Darauf schallendes Gelächter im ganzen Hause und auf der Tribüne. Und Paul Uebel wunderte sich sehr.

## Rationalisierung.



**NOTAUSGANG STETS FREI HALTEN!**

# Streiks u. Lohnbewegungen

**Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter:** Wegen Umgehung des Bezirks-Tarifvertrages ist über den Bauunternehmer Heintz Peters, Lohsbüllig, Kreis Schleswig (Baustelle Krohnshagen bei Kiel), die Sperre verhängt. Gesperrt ist die Firma Paul Kaiser, Baugeschäft Gohk, Baugewerkschaft Weihenfelds, wegen untariflicher Bezahlung.

**Fliesenleger:** Gesperrt ist in München die Firma Norbert Berger. Im Freistaat Sachsen sind die Fliesenleger im Abwehrstreik. In Ostpreußen stehen die Fliesenleger in schwierigen Tarifverhandlungen.

**Töpfer:** In Waagen streiken die Ofenseher. Gesperrt sind in Berlin die Firma Koch, Frankfurter Allee 73, in Zeitz die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hörnicke und Emil Böhm, in Burg bei Magdeburg Ahlemann, in Halle a. d. S. Wilhelm Stahl, in München die Firma Norbert Berger wegen rückständiger Löhne, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Landsberg a. d. W. der Töpfermeister Richard Kaczowski wegen Nichtbezahlens von Ferienmarken, in Magdeburg die Firma Jollweger & Sohn wegen Nichtzahlen des Lohnes, in Strasburg i. U. die Ofensehfirmen Klein Schmidt wegen Nichtzahlen der Tariflöhne.

**Gegen den Unfug der Gründung von Innungskrankenkassen.** Der von uns in Nr. 20 des „Grundstein“ geschilderte Kampf der baugewerkschaftlichen Innungsmeister in Gera gegen unsere Mitglieder wegen ihrer Weigerung, der neugegründeten Innungskrankenkasse beizutreten, steht auf dem alten Fleck. Unsere Kollegen stehen trotz schlechter Konjunktur fest in diesem von den Unternehmern vom Zaun gebrochenen Kampf gegen ihr gesetzlich verbrieftes Selbstbestimmungsrecht. Indessen hat das Tarifamt den Unternehmern bereits ohne jede Einschränkung bekräftigt, daß sie mit dieser Ausperrung Tarifbruch begangen haben. Es ist möglich, daß in den nächsten Tagen eine Entscheidung in diesem Krankenkassenstreik fällt. Im übrigen ist eine Eingabe der baugewerblichen Spitzenverbände an die zuständigen Ministerien, worin allgemein um ein Einschreiten gegen den Unfug der Errichtung leistungsunfähiger Innungskrankenkassen für Bauarbeiter ersucht wird, in Vorbereitung.

## Aus den Baugewerkschaften

**Cottbus. (Ein Rindvieh.)** Das größte Rindvieh der Niederlausitz von Angesicht zu sehen, hatten wir am 17. Mai in Borsdorf im Kreise Luckau Gelegenheit. Wenn man von Dorfe stammt und dort als Hütejunge sich sein Brot verdient hat, interessiert man sich selbstverständlich auch für das Rindvieh und hat seine Freude, wenn man einem Prachferemplar begegnet. Wenn dieses Monstrum aber nicht nur Menschengestalt, sondern sogar die Gestalt eines ausgeprochenen Maurers hat, dann tut einem das in der Seele weh. Der gute Mann will in der Inflationszeit in Berlin gearbeitet und dort irgendwo in einem Bureau am Endeplatz (?) gesehen haben, wie die Verbandsangestellten im Ueberfluß schwelgen, während er Hunger litt. Falschen Hasen habe es laut Anschlag im Bureau gegeben. (Man stelle sich diese Schlemmerei der Bonzen einmal vor!) Während diese Kerle von Angestellten nicht nur im Trodnen saßen, sondern sich obendrein noch erdfeisten zu essen — ja sogar „Falschen Hasen“, irgendein Gemenge von allerhand Abfällen zu fressen, mußte unser Freund aus Borsdorf Margarinebrod hinunterwürgen. Leider verriet er uns nicht, ob er die Landbutter, die seine Frau ihm Montags früh mitgegeben, der Frau seines Poliers in die Küche gefragen und diesen damit bestochen oder ob er sie einem Arbeitskollegen für schweres Geld angeschmiebt hat. Letzteres ist kaum anzunehmen, denn die verfluchten Kerls, die sich untereinander Kollegen nannten, zwangen unseren guten Mann aus Borsdorf, sich ein Verbandsbuch zu beschaffen, das er heute noch zu Hause hat. Wie viele Verbandsmarken er in das Buch geklebt hatte, konnte uns das Unikum nicht verraten, aber es seien mehrere. Und da sage uns jemand, daß dieser Mann nicht fähig war! — Aber die Berliner wollen heute nichts mehr tun. 5 bis 6 Stunden wollen sie den Tag arbeiten und ein Heibengeld verdienen. Deshalb kann kein Mensch mehr bauen. „Auch sie schwißen sicher nur vom Nichtstun“ (uns stehen die hellen Schweißtropfen auf der Stirn) meinte das Tierchen „und daß sie umsonst hier rumfahren, könn' sie mir auch nicht vorreden.“ — Die letzte Vermutung des Mannes traf zu. Schade, daß er uns seinen Namen und auch den seines Unternehmers nicht verriet. Die Bäuerin ruft zum Mittagessen. Der Mann legt Hammer und Stemmeisen weg, um dem Rufe zu folgen. Also auch er. „Lieber Freund!“ sage ich, „ich wünsche dir von Herzen, daß deine Dummheit nach beendeter Mahlzeit anfängt wehe zu tun und daß die Schmerzen langsam aber stetig zunehmen. Morgen ist Sonntag, da wird um 10 Uhr vormittags in Luckau eine Versammlung der Bauarbeiter abgehalten. Sollten deine Schmerzen bis dahin unerträglich geworden sein, setze dich aufs Rad und komme dorthin. Ich werde dir für ein angemessenes Eintrittsgeld ein Beruhigungspflaster in Gestalt eines Mitgliedsbuches des Baugewerksbundes ausstellen.“ — Das Luderchen war nicht da, weshalb wir befürchten mußten, daß unser frommer Wunsch nicht in Erfüllung gegangen ist. Und das ist das Bedauerliche.

**Fulda. (Wie die Unternehmer die Not der Arbeiter ausnützen.)** In Alsfeld, Kreis Lauterbach (Oberhessen), wird eine Molkerei gebaut, wobei 15 Bauarbeiter beschäftigt sind. Nicht genug damit, daß die Unternehmer 3/4 unter Tarif zahlen, sie lassen auch noch täglich 1/2 Stunde länger arbeiten, wofür nichts gezahlt wird. Leider sind an dem Bau nur wenig Bauarbeiter organisiert. Die Unternehmer wissen ganz genau, daß sie mit unorganisierten Bauarbeitern derartige Dinge machen können. Bedauerlicherweise müssen auch organisierte Kollegen darunter leiden. Die Unorganisierten sollten endlich erkennen, daß sie durch ihre Interessenlosigkeit nur regelrecht ausgebeutet werden. Nur Menschen ohne Ehrgefühl lassen sich dies gefallen.

**Köln. In unserer Vierteljahresversammlung** berichtete der Vorsitzende Jäger, daß ein Beschluß des

Stadtverordnetenkollegiums vorliege, im Jahre 1930 4500 Wohnungen zu bauen. Ueber die Finanzierung ist man sich jedoch nicht im klaren; es liegt die Annahme nahe, daß der Monat Juni noch vorübergehen wird, bis mit dem Bauprogramm begonnen und eine Besserung der Baumarktlage fühlbar wird. Unter äußerst ungünstigen Zeichen stand im Frühjahr die Neuregelung der Löhne für die Hauptberufe im Baugewerbe. Die Bauarbeiterverbände konnten sich leider mit ihren Forderungen bei dem unparteiischen Vorsitzenden nicht durchsetzen; aber auch die Unternehmer hatten mit ihren Lohnabbauwünschen keinen Erfolg. Im Stückgerbe wurde ein verbesserter Reichstarifvertrag abgeschlossen. Die Kölner Plattenleger haben ihren Tarifvertrag verlängert und dabei einige wichtige Verbesserungen erzielt, der Stundenlohn konnte von 1,65 M auf 1,80 M erhöht werden. Die Lehrlingsfrage im Plattenlegergerbe wurde geregelt, ferner wurde festgelegt, daß bei einer beruflichen Arbeitslosigkeit von über 20 Prozent die tägliche Arbeitszeit 7 Stunden betragen soll. Im Asphaltgerbe ist der Vertrag um 3 Monate verlängert worden. — Die Geschäftsleitung hat angefangen der schlechten Wirtschaftslage versucht, der Ueberflutung der Stadt durch Wanderarbeiter Einhalt zu tun. Die behördlichen Stellen haben dieser Angelegenheit Verständnis entgegengebracht. Die Werbearbeit und der Versammlungsbesuch läßt unter den schlechten Verhältnissen. Bei den Neuwahlen der Zentralstellenfunktionäre ist es in Wiesdorf und Nippes durch die Inspirationen der sogenannten oppositionellen Gewerkschaftszentrale zu unliebsamen Ausfritten gekommen, die zu dem Ausschluß von Jurkscheid, Strauß und Kleusch führten. Der Kollege Welsch, auch ein Wortgewaltiger dieser Richtung, mußte aus der Mitgliederliste gestrichen werden, weil er vergaß, seine Beiträge während einer längeren Beschäftigung zu zahlen. — Gegen die erneuten Absichten der Regierung und der bürgerlichen Parteien, die Arbeitslosenversicherung zu verschlechtern, ist einmütige Abwehr nötig. — Der Kassierer Müller berichtete über die Kassenlage. Die Hauptkasse bilanziert in der Einnahme und Ausgabe mit 79 307,— M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 28 761,— M, die Ausgabe betrug 18 033,— M. Mithin bleibt ein Kassenbestand von 10 728,— M. In der Aussprache sprach Assion über Bauarbeiterchutz. Anschließend verurteilte er unter lebhafter Zustimmung scharf das unbeduldsame, unchristliche Verhalten eines Teiles der christlich organisierten Bauarbeiter auf den Baustellen der sogenannten Charitas-Verbände. — Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Lokalkassenzuschlag wird vom 15. Juni an je Woche um 10 % erhöht. Zwei Anträge des Kollegen Stump wurden nicht genügend unterstützt und deshalb nicht verhandelt.

**Landsberg a. d. W. (Sind bei Kleinbauten Baukontrollen notwendig?)** Der Ortsausschuß des AOB. Meseritz und unsere Baugewerkschaft wandten sich am 16. Februar an den Magistrat der Stadt Meseritz sowie an den Ausschuß des Kreises Meseritz und beantragten die Anstellung eines Baukontrollors. Am 10. Mai lehnte der Kreisausschuß zugleich auch für den Magistrat der Stadt Meseritz den Antrag ab. Nicht die Ablehnung an sich ist das Bemerkenswerte, sondern die Begründung. „Der grundlegende Erlaß des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt erkennt an, daß die Einrichtung von Baukontrollstellen auf dem platten Land nicht unbedingt nötig ist. Da in den Gemeinden des Kreises Meseritz kaum mehr als dreigeschossige Häuser und Industriebauten überhaupt nicht ausgeführt werden, hält der Kreisausschuß im Einvernehmen mit dem Magistrat Meseritz die Anstellung von Baukontrolloren nicht für erforderlich.“ — Die Antwort ist wirklich von keiner Sachkenntnis getrübt. Im ersten Satz wird festgestellt, der Erlaß des preussischen Wohlfahrtsministers sei nicht zwingend; deshalb wird kein Baukontrollor eingefellt. Dann kommt die originelle „Feststellung“, daß man in Stadt und Kreis Meseritz nicht höhere als dreigeschossige Häuser baut und deshalb Baukontrollen nicht für erforderlich hält. Doch rechnen wir einmal nach: 1 Meter Kellergerbe, dazu 3 Geschosse à 3 Meter, zusammen also 9 Meter, so ergibt sich, daß auch im Kreise Meseritz der Maurer bis zur Dachtraufe in einer Höhe von etwa 10 Meter über dem Erdboden arbeiten muß. An Giebeln und Kaminen können es aber 13 bis 15 Meter werden. Wer bei dieser Höhe keine Gefährlichkeit erblickt, dem kann nur empfohlen werden, einmal einen Abprung zu wagen. Außerdem ist es nicht so, daß nur an Großbauten Unfälle vorkommen, sondern leider ebenso zahlreich auch an Kleinbauten. Im Jahre 1928 kamen nach den amtlichen Mitteilungen des Reichsversicherungsamtes auf 1000 Vollarbeiter bei der Schleif-, Posenischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft 8,77 entzündliche Unfälle, bei der Nordöstlichen dagegen nur 5,41 je Tausend. Dabei umfaßt das Gebiet der ersteren vorwiegend flaches Land, daß der letzteren dagegen die Stadt Berlin mit ihren Kiefernbauten. — Wir stellen aus unserer langjährigen Erfahrung fest, daß die Unfallziffer dort, wo Baukontrollen angestellt sind, gegenüber Gebieten ohne Baukontrollen wesentlich zurückgedämmt worden ist. Der Vorsitzende des Kreisausschusses möge einmal die Ortskrankenkassen befragen, die ihm geradezu erschütternde Unfallzahlen nennen können. — Unserer Mitgliedschaft aber empfehlen wir, nicht locker zu lassen, bis ihre berechtigten Forderungen erfüllt sind!

## Aus den Fachgruppen

### Asphaltierer.

Verbandsstag der Asphaltierer. Der Verbandsstag wird am Sonntag, dem 31. August 1930, vormittags 9 Uhr in Werlsee eröffnet. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht des Reichsfachgruppenobmanns. 2. Die Verhandlungen über einen Reichstarifvertrag für Straßenbau, Asphalt- und Leerarbeiten. 3. Wahl eines Reichsfachgruppenobmanns. Abgeordnete und für jeden Abgeordneten 1 Stellvertreter sind zu wählen im Bezirk Königsberg (42 Mitglieder) 1 Abgeordneter, im Bezirk Steffin (— Mitglieder) — Abgeordneter, im Bezirk Breslau (— Mitglieder) — Abgeordneter, im Bezirk Berlin (906 Mitglieder) 5 Abgeordnete, im Bezirk Magdeburg (— Mitglieder) — Abgeordneter, im Bezirk Köln (103 Mitglieder) 1 Abgeordneter, im Bezirk Dortmund (175 Mitglieder) 1 Abgeordneter, im Bezirk Han-

nover (54 Mitglieder), Bremen (8 Mitglieder), Hamburg (61 Mitglieder), Rostock (1 Mitglied) 1 Abgeordneter, im Bezirk Dresden (187 Mitglieder) 1 Abgeordneter, im Bezirk Nürnberg (15 Mitglieder), München (38 Mitglieder), Stuttgart (1 Mitglied), Karlsruhe (5 Mitglieder), Erfurt (26 Mitglieder), Frankfurt (33 Mitglieder) 1 Abgeordneter, zusammen 11 Abgeordnete.

### Der Bundesvorstand.

Berlin. Am 27. April hielt unsere Fachgruppe eine Versammlung ab, um den Bericht der Lohnkommission entgegenzunehmen. Lohnfragen sind Nachfragen, so führte Krieger aus. Die Lohnfrage richtet sich nach der Nachstärke der betreffenden Gruppe und besonders nach Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften. Wie es damit in diesem Jahr in Berlin ausseht, wissen wir alle. Deshalb konnte uns die Einstellung der Unternehmer auch nicht überraschen. Es dürfte allen Kollegen bekannt sein, daß die Bauunternehmer alle Minen hatten springen lassen, um die Bauarbeiterlöhne abzubauen. Wenn ihnen dies nicht gelungen ist, so ist es der Kraft der Bauarbeiterorganisation zu verdanken. Daß die Asphaltunternehmer nicht aus der Reihe tanzen würden, mußte jedem klar sein. Die Verhandlung fiel dann so aus, daß wir sie ergebnislos abbrechen mußten. Aber sollen wir deswegen trauern? O nein! Es kommen auch andere Zeiten und dann werden wir auf der Hut sein. Auch im Blätterwald der sogenannten revolutionären Gewerkschaftsverbände — die sich sonst mit radikalen Forderungen überbieten haben — hört man heute nur ein gelindes Säuseln. Für uns fragt es sich nun, was wir tun wollen? Den Schlichtungsausschuß anrufen? Wir nicht! — Daß einigen Unternehmern, die heute auch Asphaltarbeiten ausführen, unsere geringen Löhne schon zu hoch sind, beweist das Schreiben einer Unternehmerorganisation an ihre Mitglieder. Daß der Reichsverband für das Tiefbaugewerbe und Ribau dahinterstecken, um gegen den eventuell abzuschließenden Reichstarifvertrag anzukämpfen, ist sicher. — Dem Bericht der Lohnkommission folgte eine längere Aussprache. Fast alle Redner bemängelten das mangelhafte Ergebnis, ohne einen Weg zeigen zu können, auf dem mehr herauszuholen wäre. Im allgemeinen war man der Ansicht, daß die Gewerkschaften mit aller Macht dahin streben sollten, die vierzigstündige Woche ohne Lohnherabsetzung einzuführen, damit alle Kollegen wieder in den Produktionsprozeß eingeführt werden können. Kollege Wolf hielt dies als verfehlt. Er meinte, mit der Kurzarbeit beweise man dem Unternehmer nur, daß man auch ganz gut mit niedrigen Löhnen auskommen könnte. — Krieger trat in seinem Schlußwort der irrigen Ansicht Wolfs entgegen. Eine Kurzarbeit mit Lohnherabsetzungen könnte doch nur vorübergehend sein. So wie Wolf dies aufgefaßt habe, habe es kein Redner gemeint. Aber so gut der Vorschlag auch gemeint sei, man muß daran zweifeln, daß er vorläufig durchgeführt werden kann. Wenn man sich vor Augen führt, welche Kämpfe geführt werden mußten, um die Arbeitszeit nur um eine Stunde zu verkürzen, so muß sich jeder sagen, daß nur die gesamte Kraft der Arbeiterklasse hier Wandel schaffen kann. — Anmerkung der Fachgruppenleitung: Die Leitung behält sich vor, wenn eine bessere Beschäftigung einsetzt, nochmals mit der Lohnfrage an die Unternehmer heranzutreten.

### Glaser.

Deffau. Am 14. Mai hielt unsere Fachgruppe ihre Mitgliederversammlung ab. Trotz schriftlicher Einladung waren einige Kollegen nicht erschienen. Kollege Rawiel gab einen Bericht von der Bezirkskonferenz in Zeitz. — Die Arbeitslosigkeit ist noch erheblich. Eine Besserung ist in einigen Wochen zu erwarten. Einzelne unorganisierte Glasergehilfen müssen noch für unseren Bund gewonnen werden. Mehrere Kollegen stellten mit Entrüstung fest, daß von den Unternehmern die Urlaubsmarken nicht geklebt werden. Dem müsse abgeholfen werden. Rawiel hielt noch einen Vortrag über das Thema: „Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“.

### Stukkateure und Puffer.

Plauen i. V. In unserer Versammlung am 5. Mai gab Kollege Schmidt einen ausführlichen Bericht von unserer Reichskonferenz und berichtete darauf von den am 2. Mai in Dresden geführten Verhandlungen um den Landesvertrag. Er betonte, es sei gelungen die Rabatarbeiten wieder vom Vertrage zu erfassen. Ein Abbau der Auslösung wurde abgewehrt, andererseits konnten wir es nicht erreichen eine Bestimmung aufzunehmen zugunsten der durch Arbeitsnachweise nach auswärtigen Vermitteln. Die Lehrzeit wurde endgültig auf 3 Jahre festgesetzt, und die Auslösung für die Lehrlinge geregelt, die bei einer auswärtigen Beschäftigung von unter 4 Wochen 3,60 M und über diese Zeit hinaus 3,10 M je Tag betragen soll. Die Schlichtungskommission sollen künftig nur aus Kollegen der Gippsbaubranche gebildet werden. Dementsprechend sind neue Stellen in Leipzig, Dresden und Chemnitz geschaffen worden. Von Plauen und Zwickau nahm man Abstand wegen der geringen Zahl der Unternehmer. Der Sitz des Tarifamtes verbleibt in Dresden. Die Abstimmung über den Vertrag wurde verschoben bis die redaktionelle Fassung vorliegt. In den letzten Wochen haben drei Kollegen unseren Arbeitsnachweis umgangen. Wenn es sich auch um Arbeiten von kürzerer Dauer handelt, so ist das Verhalten der Kollegen keineswegs gutzuheißen. Die Versammlung war über ihre Handlungsweise stark erregt und gab ihrer Meinung dahin Ausdruck, im Wiederholungsfalle Auslösungsantrag zu stellen. Auch die Firmen sollen auf ihr vertragswidriges Verhalten aufmerksam gemacht werden. Die Arbeitsmarktlage ist leider noch immer recht ungünstig. In Plauen sieht es trostlos aus.

## Allgemeine Rundschau

Lebensjubilare unseres Bundes. Am 23. Mai vollendete der Leiter unseres Bezirks Hannover, Johannes Schenk, sein 65. Lebensjahr. Seit 1901 bekleidet er das Amt eines Bezirksleiters im Maurerverbande, später im Bauarbeiter-Verband und im Deutschen Baugewerksbund. Unser Johannes Schenk hat sein Amt, das er nunmehr beinahe 30 Jahre bekleidet, in umsichtiger Weise verwaltet und ist stets energisch und zielbewußt für die Interessen der Bauarbeiter eingetreten. — Ein anderer Lebensjubilare ist der Kollege Otto Heine mann in Magdeburg. Er vollendete am 26. Mai sein 60. Lebensjahr. Er ist Angestellter in der

Baugewerkschaft Magdeburg und hat in den Fürsorge- auschüssen, den Schlichtungsausschüssen und im Lehrlings- wesen bisher eine dankenswerte Tätigkeit ausgeübt. Auch in der Sozialdemokratischen Partei Magdeburgs steht er im Vordergrund. — Ein weiterer Lebensjubiläum ist der Kollege Friß Ubiß in Hamburg. Auch er vollendete am 27. Mai sein 60. Lebensjahr. Von Beruf Pfahlrammer, ist er seit 1919 im Bureau der Baugewerkschaft angestellt. Nach dem Tode des früheren stellvertretenden Vor- sitzenden, Heinrich Schlüter, wurde er in dieses Amt berufen. Auch er wirkt nicht nur in der Bauarbeiterbewegung, son- dern auch in der allgemeinen Arbeiterbewegung und in den Sozialversicherungszweigen der Arbeiterschaft. — Als letzter Lebensjubiläum sei an dieser Stelle genannt der Reichsfach- gruppenobmann der Töpfer und Fliesenleger, Moritz Lohrer. Er vollendet am 2. Juni sein 65. Lebensjahr. Er wurde im Jahre 1898 als Hauptkassierer des Zentralver- bandes der Töpfer eingeseht und hat dieses Amt volle 25 Jahre mit Ausdauer und Gewissenhaftigkeit bekleidet. Bei dem Uebertritt des Töpferverbandes zum Baugewerk- bund war er wiederum an der Kasse tätig. Als dann im Jahre 1928 der seitherige Reichsfachgruppenobmann der Töpfer und Fliesenleger, Leopold Bartisch, in den Ruhe- stand trat, wurde an seine Stelle Moritz Lohrer gewählt. Auch er kann heute auf eine umfangreiche Tätigkeit in der Arbeiterbewegung zurückblicken. Wir wünschen allen vier Jubilaren zu ihren Lebensjubiläen von Herzen Glück! Mögen sie auch weiterhin im Interesse der Arbeiterschaft wirken, in erster Linie der deutschen Bauarbeiter!

Hegenmeister Schacht über die Leistungen der Kranken- kassen. Es war vorauszu sehen, daß Schacht, nachdem er aus der Reichsbank ausgeschieden ist, sich nicht zur Ruhe setzen, sondern weiter öffentlich kritizieren würde. So meldet das „B. L.“ in der Nr. 231 aus München, daß Schacht dort eine Rede gehalten habe. Diesmal hatte er sich den Politisch-Akademischen Klub ausersuchen. Die Teil- nehmer der Rede waren ehrenwörtlich zum Schweigen ver- pflichtet worden und die Presse war ausgeschaltet. Der ehe- malige Reichsbankpräsident soll in seiner Rede erzählt haben, was er in seiner Amtstätigkeit alles geleistet hat. Naturgemäß nahm er bei dieser Gelegenheit eine starke Selbstbeweihräucherung vor. In dem Bericht des „B. L.“ heißt es unter anderem folgendermaßen: „In diesem Zu- sammenhang machte sich Schacht auch erbötig, mit der Hälfte der Ausgaben, mit der die deutschen Krankenkassen sich belasten, die gleichen Wirkungen zu erzielen, die die Krankenkassen zu verzeichnen haben.“ Leider geht aus dem Bericht nicht hervor, wie sich Schacht dies Kunststück ge- dacht hat. Es wird ihm auch wohl schwer gefallen sein, dies zu beweisen. Derartige Äußerungen haben einen zwei- fachen Zweck: 1. die eigene Person und deren Latkraft in den Vordergrund zu schieben und 2. die Zuhörer mit un- kontrollierbaren Angaben zu begeistern. Zweifellos könn- ten bei den Krankenkassen Ersparnisse gemacht werden. Wir denken beispielsweise an die Zersplitterung, die im Betriebskrankenkassen herrscht. Ein großer Teil der Be- triebkrankenkassen und alle Innungs- und Ortskrankenkassen glatt verschwinden und in die Ortskrankenkassen ein- gereiht werden. Dadurch wäre bereits eine wesentliche Er- sparnis möglich. Wie sonst noch Ersparnisse zu machen sind, darauf hat der Hauptverband deutscher Krankenkassen sehr eindeutig aufmerksam gemacht. Das sind reale Tatsachen, während der Hegenmeister Schacht lediglich verschwommene Meinungsäußerungen zum besten gibt.

Die Regierung will die Wirtschaft ankurbeln. Die Reichsregierung hat unter Beteiligung des Reichsbank- präsidenten Dr. Luthy zur wirtschaftlichen Lage Stellung genommen. Nach der amtlichen Verlautbarung ist sich das Reichskabinett darüber einig gewesen, daß alle Mittel daran gesetzt werden müssen, zur Behebung der Arbeits- losigkeit die Wirtschaft nach Kräften zu beleben. Zu diesem Zweck sollen Verhandlungen mit der Reichsbahn- und der Reichspostverwaltung eingeleitet werden, mit dem Ziele, möglichst umfangreiche Lieferungsaufräge baldigst aus- führen zu lassen. Auch der Wohnungsbau, insbesondere soweit es sich um Kleinwohnungen handelt, soll durch be- sondere Maßnahmen gefördert werden. Bereits im Gang befindliche Verhandlungen über kommunale Umschulung sollen beschleunigt zu Ende geführt werden. Zur Förderung der Bauwirtschaft und Vinderung der Arbeitslosigkeit wird die Frage der Inangriffnahme und des Ausbaues großer Straßenbauten geprüft werden. Der Reichsfinanzminister ist ermächtigt worden, im Rahmen der Haushaltsmittel alle Lieferungsaufräge unverzüglich in Gang zu setzen. Dies Gesamtprogramm zur Ankerbelung der Wirtschaft, soll ohne Inanspruchnahme neuer Haushaltsmittel durch- geführt werden. — Soweit die Beschlüsse, die das Reichs- kabinett gefaßt hat. Es wird aber auch höchste Zeit, daß man zu durchgreifenden Maßnahmen gelangt. Die Wirt- schaftskrise ist der Vulkan, auf dem die derzeitige Re- gierung steht. Zweierlei ist möglich: entweder die Re- gierung vermag die Wirtschaft anzukurbeln oder sie muß abtreten und anderen Personen diese Arbeit überlassen. Es sind zurzeit günstige Voraussetzungen für eine Wirt- schaftsbelebung vorhanden. Die nächsten Wochen werden Aufschluß darüber bringen, inwieweit hier eine schöpferische Initiative zur Ankerbelung der Wirtschaft beizutragen ver- mochte. Wir wollen keine allzu großen Hoffnungen haben, aber die Arbeiterschaft muß verlangen, daß kein Mittel unverzagt gelassen wird, damit das namenlose Elend, das über Millionen Volksgenossen hereingebrochen ist, gemil- dert wird.

An ihren Früchten wird man sie erkennen! Die Num- mer 21 der christlichen „Baugewerkschaft“ enthält einen Werbeaufsatz, in dem folgender Klageschrei enthalten ist: „Wir erleben es tagtäglich, daß man Kollegen antrifft, die in jeder Beziehung ihren Christenpflichten nachkommen, aber Mitglieder der sozialistischen Verbände sind.“ Die Begriffe Christ und Sozialist schließen nach der Auf- fassung in jenem Lager einander aus. Wir allerdings sehen keinen Gegensatz darin; wir sind sogar so „ver- messen“, zu behaupten, daß ein aufrichtiger Christ auch Sozialist sein muß. Denn der Sozialist ist ein Mensch, der das himmlische Reich der Kapitalisten ungerecht auf Erden be- seitigen und menschliche Gerechtigkeit schaffen möchte, die die göttliche Herrschaft des Mammons endgültig zu Boden ringt. Damit dient er der Lehre Christi weit folgerichtiger als jene Maulschiffe, die zum privatkapitalistischen Prinzip schwören, das rücksichtslos die Armen schuldig werden läßt und sie der Erdenpein überliefert. Vor allem heute er-

kennen wir von Tag zu Tag immer mehr, daß aus dem Elend der Massen, aus der Sackgasse der privatkapita- listischen Wirtschaftsordnung nur noch der Sozialis- mus führen kann. Diese Anschauung ist keineswegs „gotteslästerlich“ — höchstens gegenüber dem Gott Mammon — und folglich sehr gut mit echtem Christentum zu verein- baren. Mit echtem — das sei besonders betont! — Denn der Sozialismus erstrebt, allen „Mühseligen und Bel- ladenen“ zu helfen und sie zu erquickeln. Wer also wahr- haft christlich denkt, der ist, falls er einer freien Gewerk- schaft angehört, nicht „falschorganisiert“, wie sich das Christenblatt ausdrückt, sondern richtig organisiert. Denen aber, die mit reichlich abgenützten Mitteln als Arbeiter die Zersplitterung der Arbeiterbewe- gung predigen, sei zugerufen: An Euren Früchten wird man Euch erkennen!

Gebeffter Zufluß von Auslandsanleihen. Auf den Weltgeldmärkten wird zurzeit die Mobilisierungsanleihe aufgeleht. Sie wird für die internationalen Geldmärkte eine neue Entwicklungstufe einleiten. Zins und Begehung werden für die spätere Emissionstätigkeit auf den Welt- geldmärkten richtunggebend sein. Auf Deutschland entfällt vom Gesamterlös eine Summe von etwa 400 Millionen Mark. Wie sich die Kapitalversorgung der deutschen Wirt- schaft in den ersten Monaten im Vergleich zu den Vor- jahren vollzogen hat, ist aus nachstehender Zusammen- stellung ersichtlich:

	Inlandsanleihen in Millionen Reichsmark	Auslandsanleihen in Millionen Reichsmark
1927	983,0	85,40
1928	797,1	468,98
1929	209,0	199,70
1930	113,6	384,95

Aus diesen Ziffern geht hervor, daß der Zufluß von Auslandsanleihen im ersten Drittel dieses Jahres wesentlich besser war als im Vorjahr. Kommen nun die 400 Millionen der Mobilisierungsanleihe hinzu, so kann die deutsche Wirtschaft dadurch einen Antriebs erhalten.

Der Arbeitsmarkt nur wenig entlastet. Am 30. April war die Zahl der Arbeitslosen um rund eine Million höher als 1929. Dadurch ist die katastrophale Lage des Arbeits- marktes gekennzeichnet. In der Zeit vom 16. bis 30. April ist die Entlastung des Arbeitsmarktes noch langsamer ge- worden als in den Wochen zuvor. Zwar ging die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um rund 100 000 zurück, doch entspricht diese Entlastung keineswegs der zu erwartenden jahreszeitlichen Entwicklung. In der zweiten Aprilhälfte des Vorjahres nahm die Zahl der Arbeitslosen um nicht weniger als 354 000 ab. — Die Krisenunterstützung erfuhr auch in der zweiten Aprilhälfte eine neue Belastung. Die Empfänger von Krisenunterstützung erhöhten sich auf 320 000. Die

**Wer unsern Bund stärkt, stärkt sich selbst!**  
Für die Woche vom 25. bis 31. Mai ist der 22. Bundesbeitrag für 1930 zu zahlen.

Zahl der verfügbaren Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern betrug Ende April 2 791 000. Sie liegt um etwa 1 080 000 Köpfe höher als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die schlechte Lage des Arbeitsmarktes ist aus dem Rück- gang der allgemeinen Konjunktur, aber zum größten Teil auf die mangelnde Aufnahmefähigkeit der Außenberufe zurückzuführen. Ein solcher Gegenfall wie im Frühjahr 1930 und in der gleichen Zeit des Vorjahres ist wohl noch niemals festzustellen gewesen. Es ist zu befürchten, daß diese langsame Entspannung des Arbeitsmarktes sich auch in den kommenden Wochen fortsetzen wird.

Steuerabzug und Werbungskosten. Die Bauarbeiter gehören bekanntlich zu den Berufsgruppen, die oft über den Durchschnitt hinausgehende Werbungskosten in ihrer Be- rufstätigkeit aufwenden müssen. Vielfach haben sie son- ders hohe Fahrgeldaufwendungen, vielfach haben sie durch Führung eines doppelten Haushaltes größere Kosten als gemeinhin die Industriearbeiter. Unser Bundesvorstand hat deshalb langwierige Verhandlungen mit dem Reichs- finanzministerium geführt, um es davon zu überzeugen, daß für Bauarbeiter vielfach der gesetzlich festgesetzte Pausch- betrag an Werbungskosten nicht ausreicht; man könne den Bauarbeitern nicht zumuten, zunächst einmal höhere Steuer- beträge zahlen zu müssen, um dann am Jahresende die zuviel gezahlten Steuerbeträge zurückerhalten. Der Reichsfinanzminister hat daraufhin mitgeteilt, er werde „die Finanzämter demnächst auf die besonders gelagerten Ver- hältnisse bei den Bauarbeitern hinweisen und ihnen zur- hälfen machen, auf begründeten Antrag diesen Verhält- nissen nicht erst im Lohnsteuer-Erstattungsverfahren, son- dern nach Möglichkeit schon im Laufe des Jahres durch Erhöhung der Pauschätze für Werbungskosten und Sonder- leistungen gemäß § 75, 2 EStG, Rechnung zu tragen.“ Kollegen, die mit dem gesetzlich festgesetzten Pauschbetrag für Werbungskosten nicht ausreichen, müssen nunmehr an das zuständige Finanzamt einen entsprechenden Antrag stellen. Ihr Baugewerkschaftsvorstand wird ihnen dabei helfen.

Rückgang der Tuberkulose. Die Tuberkulose war Jahr- zehnte hindurch eine Volkskrankheit, die Millionen Men- schen hinraffte. Sie scheint ihre Schrecken verloren zu haben. In Alt-Berlin starben 1871 von 10000 Einwohnern 43 an dieser Volkskrankheit. 1913 gab es nur noch 16,7 Todesfälle und 1929 nur 10,9 Todesfälle auf 10000 Ein- wohner. Die auf die Tuberkulose zurückzuführenden Sterb- lichkeitsziffern sind also gewaltig zurückgegangen. Dies kann nur begrüßt werden. Waren es doch in der Haupt- sache die unteren Bevölkerungsschichten, die unter dieser entsetzlichen Seuche zu leiden hatten. Zweifellos steigt die allgemeine Volksgesundheit. Dies ist auf die Errungen- schaften der Gewerkschaften, auf die Leistungen der Sozial- versicherung und auf die Gesundheitsfürsorge der Städte zurückzuführen. Die Berliner städtische Säuglings- und Tuberkulosefürsorge konnte am 2. Mai auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Ihr Erfolg beruht vor allem auf der Tatsache, daß insbesondere die Säuglingssterblichkeit der Tuberkulose beträchtlich abgenommen und die Todesfälle an Tuberkulose beträchtlich abgenom- men haben. Heute ist die städtische Fürsorge in Berlin so aus- gebaut, daß sie von der Schwangerenfürsorge über die Säuglings-, Kleinkinder- und Schulfürsorge das ganze Ent-

wicklungsalter der Kinder umfaßt. 1906 wurden 13 und 1929 73 % der Lebendgeborenen von der Fürsorge erfasst. Nimmt man die Leistungen der Krankenkassen durch ihre Familienhilfen dazu, dann kommt man zu einer umfassenden Betreuung der jüngsten Generation. Die Erfolge dieser Leistungen zeigen sich in dem Rückgang der Volkskrank- heiten und der allgemeinen Sterblichkeitsziffer.

Erhöhte Umsätze der Großverkaufs-Gesellschaft Deut- scher Consumvereine m. b. H. Der Gesamtumsatz der Groß- verkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine betrug im 1. Vierteljahr 1930 insgesamt 118 041 718,86 M. Gegen- über dem 1. Vierteljahr des Vorjahres ist dies ein Mehr- umsatz von 3 500 170,98 M., was einer Steigerung um 3,05 % entspricht. An Erzeugnissen aus den eigenen Produktionsbetrieben wurden im 1. Vierteljahr 1930 rund 31 Millionen Mark umgesetzt. Gegenüber dem 1. Viertel- jahr 1929 ist der Umsatz an eigenen Erzeugnissen um 8 % gestiegen, was einer runden Summe von 2,3 Millionen Mark entspricht. — Die Verlagsgesellschaft deutscher Consumvereine hatte im 1. Vierteljahr 1930 an Erzeug- nissen der Druckerei und Papierwarenfabrik einen Umsatz von 4,099 Millionen Mark. Gegenüber dem 1. Vierteljahr 1929 ist dies ein Mehr von rund 945 000 M. Die Ver- sicherungsabteilung hatte im 1. Vierteljahr dieses Jahres einen Umsatz von 1,73 Millionen Mark, das Elektrizitätswerk einen Umsatz von 39 000 M., so daß sich der Gesamtumsatz der Verlagsgesellschaft auf 5 873 900 M. beläuft. Gegenüber dem 1. Vierteljahr 1929 ist dies eine Steigerung von 845 153 M. In der Versicherungsabteilung ist ein schein- barer Rückgang im Umsatz eingetreten, was darauf zurück- zuführen ist, daß im Jahre 1929 größere Objekte der G. G. versichert wurden. Durch diesen scheinbaren Rückgang ist ein Teil des Mehrumsatzes in den beiden anderen Ab- teilungen aufgelesen worden, wodurch sich die Differenz zwischen dem Mehrumsatz in Druckereierzeugnissen und dem Gesamtumsatz erklärt. Auch der Umsatz der Versicherungs- abteilung war durchaus befriedigend.

**Bekanntmachung des Bundesvorstandes**  
Ausgeschlossen sind entsprechend § 16 Ziffer 2 der Bundesfassung vom Bundesvorstand: Arthur Stendel, Maurer, Baugewerkschaft Gelsenkirchen, geboren 25. Juni 1894, eingetretten 25. März 1927 (389 731); Heinrich Böpel, Maurer, Baugewerkschaft Mainz, ge- boren 28. September 1900 in Kirchheimbolanden (Pfalz), eingetretten 18. April 1922 (345 186); Friß Klein, Tiefbau- arbeiter, Baugewerkschaft Zerbst, geboren 17. April 1897 in Leopoldshall, eingetretten 23. Oktober 1924 (737 107); Von der Baugewerkschaft Alfenburg (Schr.): Edwin Tieg, Hilfsarbeiter, geboren 27. November 1901, eingetretten 14. Februar 1928 (478 725); Heinrich Pagenhard, Maurer, geboren 21. Dezember 1870, eingetretten 26. November 1918 (166 808). Oskar Herrmann, Hilfsarbeiter, Baugewerk- schaft Obernhau, geb. 3. Juli 1881 in Breitenau b. Oederan, eingetretten 1. Mai 1919 (138 487).

Gestohlen wurde das Mitgliedsbuch Nr. 677 528 des Kollegen Erich Lindenberg, geboren 7. Dezember 1898 in Berlin, eingetretten 6. Oktober 1928 in Oerz; ebenfalls das Mitgliedsbuch Nr. 817 215 des Kollegen Friedrich Glaser, geboren 23. Oktober 1901 in Ludwigshafen.

Verlorengegangen ist das Mitgliedsbuch Nr. 441 758 und die Reisekarte Nr. 1682 des Kollegen Hermann Tank, geboren 9. Januar 1911 zu Seereh, eingetretten 27. Juli 1927 zu Lübeck. Buch und Reisekarte sind, falls sie gefunden werden, an den Bundesvorstand einzufenden.

Vom 16. bis 22. Mai haben folgende Baugewerk- schaften Gelder an die Hauptkasse gefandt: Annaberg 300, Zugsburg 2400, Alfeld 475, Wschaffenburg 1090, Anklam 100, Alfenburg 400, Wschersleben 200, Borna 1400, Bruns- haupten 100, Bernau 400, Bremen 10, Bamberg 1000, Baiersbrunn 150, Berlin 32 221,92, Coburg 450, Caputh 700, Cuxhaven 2500, Demmin 520, Dargun 100, Eisenach 500, Erding 150, Ebershausen 250, Finsterwalde 150, Fürsten- walde 1000, Frankfurt a. M. 5000, Fallersleben 200, Frankenstein 200, Garz (Oder) 150, Gollnow 400, Grimma 600, Gützkow 200, Greifenhagen 200, Gadebusch 110,20, Halle 400, Hirschberg 1200, Heide 150, Hettstedt 100, Hammerstein 1, Jüterbog 1000, Jarmen 100, Köslin 8,15, Königswusterhausen 1400, Köthen 800, Krakow 90, Lim- burg 500, Lindenberg 109,10, Lobenstein 100, Laage 90, Loh 70,35, Mülheim 3000, Münster 1924,90, Neldorf 60, Neubrandenburg 350, Nordern 400, Neumarkt 250, Neu- ruppin 400, Nossentinerhütte 200, Neustettin 200, Naugard 141,25, Neustadt i. Holst. 150, Oldesloe 400, Oschag 800, Oranienburg 2000, Peine 1200, Pyrmont 340,90, Pätzsch- hau 120, Polzin 110, Regensburg 1100, Recklinghausen 1000, Schleswig 125, Stargard i. Pom. 1100, Stralfund 400, Schwedt 300, Sagan 150, Schwerin 600, Stade 500, Stern- berg i. M. 100, Siegen 1346,63, Spremberg 2000, Saalfeld 1000, Stavenhagen 150, Thale 500, Tufflingen 700, Tegern- leertal 370, Tempelburg 100, Uckermark 300, Uskar 200, Wilhelmshaven 1000, Weisenfels 500, Wyrk 250, Wesen- berg 150, Weißenfels 500, Westerland 250, Wismar (Mier) 200, Würzburg 500, Waren 300, Wessellburen 150.

Kalender: Annaberg 3, Gotha 3, Hagen 240, Köslin 144, Koblenz 3,60, Krakow 1,20, Neubukow 6, Neu- haldensleben 6, Oschag 0,60, Passau 60, Recklinghausen 0,60, Stargard i. Pom. 9, Stendal 6, Trebnitz 30.

Buchhüllen: Frankfurt a. O. 75, Freiburg i. Br. 37,50, Gotha 6, Köslin 15, Köthen 0,60, Landeshut i. Schl. 15, Northeim 6, Stargard i. Pom. 15, Stendal 37,50, Stral- fund 7,50.

Markenmappen: Greifenhagen 1,25, Gotha 7,50, Mülhhausen 2,50, Tufflingen 2,50. Verschiedene Schriften: Annaberg 1,80, Daffow 11,50, Frankfurt a. O. 2,40, Göttingen 11,50, Hammerstein 2.

Bundesnadeln: Freiburg i. Br. 25, Jarmen 1,50, Köslin 48, Köthen 5, Oschag 7,50, Recklinghausen 6,25, Rosenheim 2,80, Tufflingen 25.

Grundsteineinbände: Celle 8, Cuxhaven 8, Gotha 8, Hagen 8, Helmstedt 8, Köslin 8, Passau 8, Rosen- heim 8, Solingen 8, Stendal 8, Tufflingen 8, Ulm 8, Weisenfels 8.

Bauabend: Bayreuth 7,50, Bernau 4, Gotha 17, Grimma 2,30, Hagen 4, Köslin 7, Köthen 3, Merseburg 4, Mühlhausen 4, Neubukow 3, Neuruppin 3,70, Rosenthalerhütte 1, Stendal 16, Straßund 8, Torgau 0,20, Tuffingen 0,60, Waldenburg 1,80. Der Bundesvorstand.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

- Menslein. (Horn.) Albert Borchert, Hilfsarb., 32 J. Müggenburg. Andreas Knoll, Maurer, 70 Jahre alt. Baugew. Hermann Sommer, Maurer, 66 Jahre alt. Burg/Mgöb. August Zimpel, Hilfsarb., 68 Jahre alt. Burgstädt. Richard Mauksch, Maurer, 71 Jahre alt. (Benig.) Hugo Müller, Maurer, 74 Jahre alt. Dresden. (Herrndorf.) Max Pietzsch, Maurer, 60 J. Elbing. Friedrich Wietrychowski, Töpfer, 69 Jahre. August Diegner, Hilfsarbeiter, 66 Jahre alt. Gottfried Kahrau, Hilfsarbeiter, 69 Jahre alt. Otto Stolpmann, Maurerlehrling, 18 Jahre alt. Otto Schröder, Maurerlehrling, 17 Jahre alt. Frankfurt/M. (Steinbad.) Joh. Fr. Gissel, Maurer, 61 J. Freiburg/Brg. Josef Dehm, Ofenseher, 61 Jahre alt. Gustav Fahrlander, Maurer, 63 Jahre alt. Josef Lukas, Maurer, 69 Jahre alt. Paul Reich, Maurer, 48 Jahre alt. Adolf Rothweiler, Glaser, 57 Jahre alt. Michael Zähringer, Maurer, 60 Jahre alt. Hannover. (Weyenfeld) Friedrich Wehde, M., 53 J. (Sachsenhagen.) Wilhelm Franke, Maurer, 33 J. Karlsruhe. (Rielingen.) Gotth. Brechbilder, M. 67 J. Koblenz. Christian Fein, Maurer, 45 Jahre alt. Krefeld. Ernst Limbach, Hilfsarbeiter, 57 Jahre alt. Leipzig. Gustav Angermann, Apphaleur, 43 Jahre. Otto Jahn, Maurer, 53 Jahre alt. Otto Kläber, Hilfsarbeiter, 51 Jahre alt. (Martranzstadt.) Bernh. Schümichen, Hilfsarb., 72 J. Clegnig. Karl Brunn, Maurer, 71 Jahre alt. Meissen. Karl Scharnagel, Töpfer, 59 Jahre alt. Emil Winkler, Töpfer, 71 Jahre alt. Mühlhagen. (Rhympenburg.) Peter Faustner, M., 72 J. (Obergiesing.) Georg Lebergern, Maurer, 58 Jahre. Nördlingen. Kaspar Henkemeier, Hilfsarb., 61 Jahre. Köbel. Robert Zarncke, Maurer, 33 Jahre alt. Solingen. Willi Schäfer, Maurer, 27 Jahre alt. Steinau. (Wohla.) Traugott Doitschka, M., 60 J. Ehre ihrem Andenken!

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Bau- und anderer gewerblicher Arbeiter.

„Grundstein zur Einigkeit“ Sitz Hamburg, Wallstr. 11, (Zufußkaffe).

Bekanntmachung.

Entsprechend dem Aufwertungsgeheh vom 16. Juli 1925 und der Durchführungsverordnung zum Aufwertungsgeheh vom 29. November 1925 ist vom Aufsichtsrat und Vorstand der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Bau- und anderer gewerblicher Arbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ in Hamburg als Rechtsnachfolgerin der aufgelassenen Sterbefälle „Grundstein zur Einigkeit“ ein Geschäftskreis über die Verwendung des aufgewerteten Vermögens beschlossen worden, der endgültig am 9. Mai 1930 vom Reichsaufsichtsrat für Privatversicherung genehmigt wurde.

Der Aufsichtsrat: W. Kleinfeldt. Der Vorstand: A. Beeg.

Bücher u. Schriften

Mein Leben. Von Leo Trotzki. Verlag S. Fischer, Berlin W. 57, Wilhelmstr. 90. Preis 9,50 M. Der Mann, der in der russischen Arbeiterbewegung schon in zaristischen Zeiten eine große Rolle gespielt hat und der nun von den „Epigonen“ den letzten Nachbarn im Reichsland, bekannt als der „Eisenhau“, der unter den bolschewistischen „Giganten“ die Geschichte seines Lebens von der frühesten Kindheit bis zur Gegenwart. Das Buch ist nicht nur ein Werk der Feder, sondern ein Werk der Feder, das wie ein fesselnder Roman, den man von dem Augenblick an, wo Trotzki die Realschule zu Odesa betritt, bis in die Gegenwart seines jetzigen Exils mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt. Der große Reichtum des Stoffes, die Klarheit der Darstellung, die nicht zuletzt zurückzuführen auf seine Theorie von der permanenten Revolution, der er nachsteht. Er glaubt auch heute noch, daß es schließlich im Willen der einzelnen Führer liegt, Revolutionen weiterzuführen. Seit der Einleitung der Rev. Periode durch Lenin in Sowjet-Rußland stellt sich immer mehr heraus, daß für einen Mann wie Trotzki kein so fanatischer Glaube an die Permanenz der Revolution im revolutionären Sowjet-Rußland kein Platz mehr ist. Lenins Tod gab die Bahn frei für den Kampf der Epigonen, um die Macht und gegen Trotzki. In diesem Kampf siegte der „Nationalsozialist“ Stalin, sowie Kowlow und die anderen heute maßgebenden Führer der Sowjetpolitik. Nach Trotzki hat Stalin die Hoffnung auf die Weltrevolution in Europa aufgegeben und die praktische Politik der Sowjets auf den nationalen Bereich Rußlands mit dem Ausblick nach Osten beschränkt. — Nach diesem Urteil eines bedeutenden und einflußreichen Mannes wie Trotzki, dem Schöpfer der roten Armee, kann man getrost das Urteil darüber, welche Ansicht bei den Beherrschern Rußlands über die Tätigkeit der heutigen kommunistischen Partei herrschen wird, getroffen sein lassen. — Das Buch Trotzki ist überaus lesenswert. Es gehört zu den besten Büchern der Memoirenliteratur. Wir machen Bekanntheit mit den entscheidenden Einbrüchen der Jugendzeit Trotzki und mit seiner revolutionären Betätigung. Wir erleben seine Verhaftung, Verurteilung, seine Flucht im zaristischen Rußland, seine Teilnahme an der Revolution 1905, seine abermalige Verurteilung während des Weltkrieges, die Tätigkeit in Rußland nach 1917, die Oktober-Revolution, die Tätigkeit während des Bürgerkrieges und den Höhepunkt in Trotzki's Leben, die Organisierung der herrschenden Vertretung westeuropäischer Verhältnisse, die deutsche Gewerkschaftsbewegung, welche er ausgiebig am deutschen Sozialismus teilzunehmen, nicht einmal erwähnt. — Das Buch ist auch eine große persönliche Abrechnung mit Stalin, den er die „herrschenden Mittelmaßigkeit der Partei“ nennt. Trotzki prangert auch die „Veränderung des Parteiapparates“ an. Und wenn heute der schmerzliche Trotzki in einem seiner Exilorte nicht fürderlichen Klima leben muß, so ist das nicht zuletzt auch auf seine entsetzlichen Freunde und jetzigen Gegner, den Machthabern in Rußland, zurückzuführen, die den westeuropäischen Demokratien wissen lassen, daß

ihnen die Gewährung des Anrechts für Trotzki nicht genehm sei. Die SPD. hat sich dafür eingelassen, daß Trotzki der erbietigen Anwartschaft in Deutschland gewährt wird. Dies ist aus gewerkschaftlicher Wahrheit bezeugt. In der revolutionären Literatur darf das Buch Trotzki nicht fehlen!

So war es in Versailles. Von Viktor Schiff. Verlag J. S. B. Metz, Berlin SW. 68, Lindenstr. 9. Preis 4 Mk. — Das Buch ist bereits in zweiter Auflage erschienen. Es enthält neben Erinnerungen des Verfassers Beiträge von Otto Landsberg, Hermann Müller und Friedrich Stammer, die interessante Einzelheiten über die Verhandlungen in Versailles bringen.

„Die Arbeit.“ Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin S. 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,60 M., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 M. — Im 5. Heft steht Dr. Alfred Brauntal die Aussprache über das Problem der Kapitalbildung in einer umfassenden Untersuchung über „Die Quellen und die Verwendung des neugebildeten Kapitals“ fort. Wladimir Woytinski analysiert in seinem Aufsatz „Die industrielle Produktionskraft in Deutschland“ die gegenwärtig vorhandene Produktionskraft und zeigt die Mängel der bisherigen Produktionskraft auf. Robert Sachs nimmt in einem Aufsatz „Öffentliche Bodenpolitik gegen private Bodenpolitik“ an dem Referententwurf eines Baubauabgesetz Stellung, der gegenüber seinen Vorläufern, den Entwürfen zu einem Bodenreformgesetz und dem Wohnstättenengesetz stark abgemilderte Bestimmungen aufweist. — Fortwährender behandelt den 1. Gewerkschaftskongress, der in französisch-italienischer Sprache stattgefunden hat. — Am Schluß des Heftes — das übrigens noch eine Reihe anderer Aufsätze enthält — werden einige Neuerscheinungen besprochen.

Marg und Engels als Freidenker in ihren Schriften. Ein Sand- und Kampfbuch, zusammengestellt und geleitet von Angelica Balabanoff. Mit Schlussbemerkungen von Max Sievers, Vorherrscher des Deutschen Freidenker-Bundes. Gut kartoniert 1,25 M. (Preis für Arbeiterorganisationen 1 M.). Der Freidenker-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin SW. 29, Gneisenaustr. 41. Diese Auswahl aus den Schriften von Marg und Engels soll bekanntmachen mit den Ansichten unserer Arbeiter über Religion und Freidenker.

Sammlung neuer Freidenkerlieder. Hervorgegangen aus einem vom Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung G. B. veranstalteten Preisausschreiben. Herausgegeben vom Kultursekretariat des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung G. B., S. 39, Berlin. Gut kartoniert 1 M. (Preis für Arbeiterorganisationen 80 Pf.). Der Freidenker-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin SW. 29, Gneisenaustr. 41. Bei der Zusammenstellung dieser neuen Lieder mit sozialistischen Freidenkerliedern ist Wert darauf gelegt worden, breiten Volksschichten die Musik zu bieten, die von ihnen sofort verstanden wird. Die Gesänge sind daher vorwiegend im volkstümlichen Charakter gehalten und auch da, wo sie sich dem Konzentrierten nähern, ist eine leicht fassliche, langsame Melodie und einfache Struktur bevorzugt worden, die jeder Problematik aus dem Wege geht.

Die Bücher im Markt-Verlag, Berlin W. 50, Palauer Straße 3. Der Verlag hat einen illustrierten Gesamtkatalog herausgebracht, der neben zahlreichen Bildern russischer, amerikanischer und deutscher Verleger auch Illustrationen seiner Verlagswerke sowie Textproben enthält. Der Gesamtkatalog gewährt einen Überblick über Verleger und Werke des Markt-Verlages und ist kostenlos vom Verlag zu beziehen.

„Landarbeiter-Archiv“, Herausgeber: Deutscher Landarbeiter-Verband. Schriftleiter: Walter Krasnik. Verlag: Endehaus G. m. b. H., Berlin SW. 48. Einzelhefte 2 M., Bezugspreis für ein Jahr (6 Heft) 11 M. — Heft 2, 1930, hat folgenden Inhalt: Der Landarbeiter in den U. S. A. — Die Landarbeiterfrage in Polen. — Das Wohnproblem der Landwirtschaft. — Agrarfrage und Saatgutfrage. — Die Wirtschaftslage. — Wirtschaftspolitik. — Tagungen. — Suchbeprehung. Das „Landarbeiter-Archiv“ bringt in erster Linie, seinem Namen entsprechend, archaisches Material. In der Sache registriert es Zustände über Landarbeiterverhältnisse. So ist beispielsweise in jeder Nummer eine Übersicht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter zu finden, wie sie sonst in ähnlicher Weise von keiner Zeitschrift gebracht wird.

„Vollgesundheit“, Monatschrift für Gesundheitspflege, Seilfunde, Lebensreform und Freizeitsport mit dem Beigabe „Der Klein-„gärtner“. Herausgeber: Deutscher Gesundheitsbund, Dresden-N. 1. Schließjahr 263. Preis im Vierteljahr 2 M., Einzelheft 80 Pf. — Die Zeitschrift durch die Best. Buchbindungen und den Versand. — Die Hefte 4. und 5. sind wieder sehr gut illustriert. Heft 5 enthält eine zweifelhafte Photomontage. Die Aufnahmen dazu stammen aus der Arbeit der sozialistischen Freizeitsportgruppen des Verbandes. Die Artikel bringen viel Wissenswertes.

„Handbuch der Novelle zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.“ Sozialpolitische und rechtliche Kommentar mit Textausgabe des ABWBG, in der Fassung vom 12. Oktober 1929 von Oberregierungsrat Hans Kühne und Regierungsrat Dr. rer. pol. Edwin Rawicz, Mitglieder der Hauptstelle der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Berlin 1930, Buchbruderei und Verlag Gustav Schönd Staßfurt. P. M. Weber G. m. b. H., Berlin SW. 68, Hohenstraße 9/10. 508 Seiten. Preis 5 Mk., 12,50 M. brosch. 11 M. Zum ersten Male liegt in der großen Zahl der Sozialpolitiker ein Werk vor, das geeignet ist, weit über die Kreis der Arbeitslosenversicherung hinaus Beachtung zu finden. Klare, präzise, umfassende Darstellung des gesamten Rechtsstoffes, die vielen, dem täglichen Arbeitsleben entnommenen Beispiele und die geschöpfte Behandlung der Materie durch die Autoren empfehlen das gut ausgestattete Werk.

- Baugewerkschaft Altenburg. Paul Krautwetter, Maurer, geboren am 17. März 1907 in Rippen-dorf, Ars. Feis, wird um Abgabe seiner Adresse ersucht. Wenn der Aufenthalt des Kollegen bekannt ist, wird gebeten, Nachricht zu geben an die Baugewerkschaft Altenburg, Thür., Münzstr. 36.
- Baugewerkschaft Dramburg. Bis 1. Oktober 1930 wird kein Sozialgeheim mehr gezahlt.
- Baugewerkschaft Dranienburg. Einem Versammlungsbeschluss entsprechend wird in unserer Baugewerkschaft kein Sozialgeheim mehr gezahlt.
- Baugewerkschaft Stade. Einem Versammlungsbeschluss entsprechend wird in unserer Baugewerkschaft kein Sozialgeheim mehr gezahlt.

Geschäftsführer gesucht! Die Baugewerkschaft Landsbut und tritt, spätestens zum 1. Juli, einen Geschäftsführer. Geworben wird eine tüchtige Kraft. Bewerber müssen mindestens 10 Jahre freigeber-gewerkschaftlich organisiert, in den letzten Jahren Mitglied des Deutschen Baugewerksbundes, sowie politisch organisiert sein. Vollkommene Beherrschung des Rechtsrechts, der Verwaltungsarbeiten des Bundes, insbesondere der Kassenführung, der Verhandlungsarbeiten des Bundes, sowie die Kassenführung und der Werberarbeit, sowie rednerische Befähigung sind Bedingung. — Die Bewerbungen sind mit Lebenslauf, sowie einer kurzen Abhandlung über die Aufgaben eines Geschäftsführers mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis spätestens 11. Juni ein-zureichen an E. Döbler, München, Postfach 40, II, Zimmer 32.

Schmale Teakholz-Wasserwaagen Der Konkurrenzkampf beginnt. W. Richter ist u. bleibt der Billigste bei nur 1. Qualität. Längen 100 90 80 75 70 60 50 45-40 35-25 cm. Preis 3,70 3,50 3,30 3,20 3,10 2,80 2,65 2,50 2,30 Mk. bei 4 Stck. an portofr. Bei 11 Stck. 1 Stck. grat. Sämtl. Werkzeuge gut u. billigst W. Richter, Düsseldorf-Unterrath. Preisliste gratis.

Rundfunkhörer tritt dem Arbeiter-Radio-Bund bei. Diese Uhr 24-Std. Zifferbl. 1a Ank. werk. v. m. verg. Ränd. sow. g. Kaval-kett. m. Zähl. schrift. Gar. f. n. zus. 6,50 Mk. Erwin R. Berthold, Halle a. S. 21

Teakholz-Wasserwaagen in höchster Vollendung! Stärke 25X50 und 25X55 mm. Extra Qualität Sämtl. Werkzeuge, Bekleidung laut Katalog sof. lieferbar. 100 90 80 75 70 60 50 cm. Vers. gegen Nachnahme. Von 10 RM. an portofr. 4,50 4,25 4,— 3,85 3,75 3,50 3,25RM. Jede zwölfte Wasserwaage wird gratis geliefert. gewöhnliche Qualität 3,40 3,20 3,— 2,90 2,80 2,60 2,40RM. Westermeyer & Co., Bielefeld, Ziegelstr.

Fahrgeld sparen! LINDCAR fahren! 1 Woche Fahrgeld = 1 Wochenrate. LINDCAR-FAHRRADWERK Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenrade. Unternehmen der Gewerkschaften. Auskunft und Bestellung direkt durch das Werk oder durch alle Ortsausschüsse des ADGB.

„Das Bauwerk“ EISU Stahl-Betten Schlafzim. a. Holz. Stahlmatr. Kinderb. Polst. Chaisel, an jeden, Teilzahl. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür). Tragt unsere Bundesnadel Berufts- u. Sportbekleidung Werkzeuge, Teakholz-Wasserwaagen „Teakin“ Schläpplüte, Isländer, Orig. Berliner Stukturenanzüge. Preisliste gratis. Mechanische Kleiderfabrik Versandhaus Fritz Ulrich Altona-Elbe 7, Gustavstr. 58-60.

Musikinstrumente zu herabges. Preis. wolf & com. Klingenthal S. 709. Groß. Katal. unsonst. Fördern Sie überall Original M. Mosberg Die beste Kleidung f. Banhandwerker Die unerreichten Werkzeuge. Die aufwährlichen echten Isländer. Stets genau auf Firma und Schutzmarke achten. Wo nicht vertreten, direkter Versand ab Bielefeld. — Preislisten gratis. Firma M. Mosberg, Bielefeld, Jöllenbecker Straße 55. Maurerhosen Zweifdrabl. Jutzi 6 u. 8,50 Mk. Dreifdrabl. 9,— 13,00 Mk. Viele freiwillige Anerkennng. Muster gratis u. franko. Herbert Fritsche, Niederoderwitz i. S. MAURER-Hosen, pr. Qual. 6,50, 8,50, extra schwer 11,—. Jutzi 7, 9, 9,50, extra stark 12,—. Socken f. 50, kleine Mäntel 1,—. Pulver- und Stukturen-Jacken 5,—, 5,50, Wasserdichte Arbeitsjacken 20,—. wolle Unterjacken 9,— klein, 10,— groß. Versand gegen Nachnahme. Eigene Fabrikation. Spezialhaus für Berufsbekleidung Adolf Wecker, Berlin, Mühlendamm 3.

Rundfunkhörer, eure Zeitschrift ist der Arbeiterfunk die größte Arbeiter-Zeitschrift der Welt. (F)

50000 neue Musikfreunde würden allein seit 1924 von uns zur Zufriedenheit beliefert. 20000 Dankschreiben rühmen die Qualität u. die niedrigen Preise. Gibt es bessere Beweise unserer Leistungsfähigkeit? Versand ab fabrik. best. Spezialversand. direkt an Private. Preisliste gratis. Sünstige Rabenanzahlungen. Jedes Musikinstrument 8 Tage zur Probe. GROSSTES MUSIKINSTRUMENTENVERSAHNSGEWESCHÄFT DEUTSCHLANDS. Meinel & Herold, Klingenthal, Nr. 163. MUSIKINSTRUMENTE, SPRECHAPPARATE, U. HARMONIKAFABRIK. Verlangen Sie sofort unseren Hauptkatalog, Zusendung erfolgt kost. freier.

Teakholz-Wasserwaagen in höchster Vollendung! Stärke 25X50 und 25X55 mm. Extra Qualität Sämtl. Werkzeuge, Bekleidung laut Katalog sof. lieferbar. 100 90 80 75 70 60 50 cm. Vers. gegen Nachnahme. Von 10 RM. an portofr. 4,50 4,25 4,— 3,85 3,75 3,50 3,25RM. Jede zwölfte Wasserwaage wird gratis geliefert. gewöhnliche Qualität 3,40 3,20 3,— 2,90 2,80 2,60 2,40RM. Westermeyer & Co., Bielefeld, Ziegelstr.